wenn man den Tanz der KPD. um die Amnestie mitansieht. Dieser Tanz entschleiert ihre wahre Gestalt so gut, wie der Tanz Salomé's die Schönheiten der Tochter des Herodius. Und wem alle sieben Schleier gefallen sind, steht da die wirklich nicht verlockende Gestalt einer Sozialdemokratie 2. Auflage. Denn was anderes bedeutet es denn, wenn im selben Augenblick, als man scheinbar mit lautestem Geschrei um die Befreiung der politischen Gefangenen „kämpft", man alle Anstalten trifft, um diese, mit Zustimmung der SPD. und „aller bürgerlichen Parteien bis zur Mitte" befreiten dann auf schnellstem Wege wieder in die Hände ihrer Henker zu liefern. Anders nämlich kann man die neue Gewerkschaftstaktik der KPD. nicht bezeichnen. Es ist ja nicht anzunehmen, daß die zahllosen intellektuellen Hammeltreiber der KPD., deren Profession die Politik ist, ein gleichfalls so schlechtes Gedächtnis haben wie die deutschen Proleten, denen dank ihrer „zweckvoll" ausgewählten Zeitungslektüre obige Tatsachen rein aus dem Gedächtnis entschwunden sind. Also kann man diesen Leuten nicht mal den „guten Glauben" als mildernden Umstand in Anrechnung bringen. Sie wenigstens wissen ganz genau, daß die deutsche proletarische Revolution bis heute alle ihre Mißerfolge der Stärke der Gewerkschaften und ihrer sozialistischen Ideologie verdankt. „Aber" — so wird man hier einwenden — „sie" bestreiten ja das nicht. Eben darum wollen sie ja die Gewerkschaften erobern, um sie umzugestalten, um aus ihnen wirkliche Instrumente des Klassenkampfes zu machen. Man lasse sich nicht von diesen Phrasen einfangen! Gesetzt den Fall, die Eroberung ausschlaggebender Posten in den Gewerkschaften gelänge. Nun, es wäre dies nicht die erste „Eroberung", die wir erleben; die Eroberer, die ehemaligen Usepeter, sitzen heute alle wieder brav und bieder in der SPD., und die eroberten Gewerkschaften gleichen den uneroberten wie ein faules Ei dem anderen.

Das kann auch garnicht anders sein. Denn die Gewerkschaften sind echte Kinder der sozialdemokratischen Ideologie der Massen, und die besetzt man nicht durch Eroberung einiger führender Posten, wozu dann die proletarischen Massen Vorspanndienste leisten müssen. Die ganze Organisationsform der Gesellschaften rangiert sie zu den Institutionen, die „sich auf den Boden der gegebenen Verhältnisse" gestellt haben, und sie haben als solche gar kein Interesse, den Boden auf dem sie stehen, zu zerstören. Jede Stärkung der Gewerkschaften bedeutet also eine Stärkung der Position der augenblicklichen wirtschaftlichen Machtverhältnisse. Und von wie entscheidendem Einfluß die Stärke einer solchen Organisation sein kann, erlebten wir in den Novembertagen. Die Energie einer revolutionären Organisation hat sich daher vor allem auf die Zerstörung der gegnerischen Stellungen der Bourgeoisie zu richten. Das Gegenteil hiervon tut die KPD., d. h. sie schafft mit ihrer „Gewerkschaftstaktik" die Voraussetzungen dafür, daß an Stelle der jetzt vielleicht befreiten Vorkämpfer der proletarischen Revolution baldigst neue Hekatomben in die Gefängnisse wandern können. Das ist aber nicht nur ein einfacher Platzwechsel. Die Erfahrung hat uns leider darüber belehrt, daß oft wenige Monate „entsprechender" Gefängniskur hinreichen, um dem gefangenen Revolutionär Leib oder Seele so zu ruinieren, daß wir ihn nicht mehr mit dem alten Wert zu Gunsten des Klassenkampfes buchen können. — Da die Zahl der Gefangenen der „demokratischen Republik" nun ja nicht im Ueberlose wachsen kann und ihren Leitern schon vor dem „erfolgreichen" Resultat der 7000 Tonnen wird, ist die Handlungsweise der KPD. auch hier, wie so oft an anderen Stellen als nichts anderes zu betrachten, denn als ein Zuhälterdienst für die Bourgeoisie, wie es deren in ihrer Geschichte schon mehrere gibt. Siehe „Ruhrkrieg" und revolutionär angestrichener Nationalismus.

Menschenfleisch auf dem Markt

Dies ist kein Schlagwort mehr! Der „Menschenfleischhandel" ist keine bildliche Konzentration sozialen Elends. Die bürgerliche Gesellschaftsordnung hat einen Grad moralischer Auflösung erreicht, daß diese Ueberschrift greifbare Wirklichkeit geworden ist. Auf dem Wochenmarkt in Breslau hat sich seit Jahren ein Stand mit Menschenfleisch befunden. Menschenfleisch wurde feilgeboten, gekauft, gespeist. Wie die Fleischerinnung (!) zu Breslau mitteilt, hat sie einwandfrei feststellt, daß der Mündelbürger Massenmörder Denke auf dem Breslauer Wochenmarkt seinen festen Stand und seine feste, gute Kundschaft hatte. Denke war eine populäre Persönlichkeit und wurde Vater und Onkel Denke genannt. Unter der „Kontrolle" der Polizei des Herrn Sozialdemokraten Loebe, unter „Kontrolle" der amtlichen Tierärzte der Demokratischen Republik! Denke zahlte seine Steuer an die Stadt Breslau und an den preußischen Staat so gut wie jedes Bordell oder Bankgeschäft.

Gleichzeitig wird noch bekanntgegeben, daß die billige Fleischqualle in Münsterberg mehreren Familienvätern bekannt war. Sie fuhren oft zu Denke und kamen mit wohlgefüllten Rucksäcken nach Breslau zurück. Eine Anzahl der Denkeschen Kunden, hauptsächlich Frauen, liegen krank darnieder, seit ihnen die grausige Wahrheit bekannt ist.

Die Raserei hat sich von Münsterberg nach Breslau fortgepflanzt. Die Münsterberger behaupteten — wahrscheinlich aus Lokalpatriotismus — daß ihr Bauchrimmen in der Denkeschen Rhabarberplantage wuchse. Die Breslauer sind offener. Fleischerinnung und Landbund sollten sich zusammentun und sachverständige Marktkontrollkommissionen einrichten. Wer weiß, wieviele Proleten so in der „freiesten Republik der Welt" Menschenfleisch fressen. Die billigen Fleischpreise haben ihre Ursache nicht allein in dem vielen Rindvieh.

Die Aufregung ist übrigens ganz deplaziert. Denke ist tot und seine Fabrik wahrscheinlich doch nicht nur unter Geschäftsaufsicht. Wer für die Gesellschaftsordnung ist, die die Denke, Haarmänner, Ludendorffer etc. als Folge und Voraussetzung hat, hat kein Recht, sich über deren Produkte aufzuregen. Wie lange ist es denn her, daß der als größter Held gefeiert wurde, der die meisten totschlug? Oder regen sich die Spießer über sich selbst auf, daß sie die Ruhmesblätter ihrer Lokalbeiden fraßen? Ist denn der Mensch so ein ekelhaftes Gewürm, und nur das eigene „Ich" göttlich wertvoll? Wo steckt da die Logik?

Die Münsterberger Polizei, unter deren Obhut der Herr Denke seine Fleisch- und Lederwarenfabrik betrieb, hat gegen den „Hadewichsburschen" Olivier auf Streichen Strafantrag wegen Bettelns gestellt. Olivier, der durch seine energische Gegenwehr mit dem Leben davon kam und den Stein ins Rollen brachte, wurde vom Amtsgericht Münsterberg darauf zu 10 Tagen Haft verurteilt! Fürchten die „Münsterberger" daß Denke allein nicht genügt, um ihren Ruhm ihrer Nachbarstadt Kalau anzugleichen?

Ein Staatsanwalt verhaftet

In dem Staatsbank-Barmat-Sozialdemokratie-Skandal sind einige untergeordnete Ordnungsstützen festgesetzt, um dem Michel Honig in den Bart zu schmieren. Und schon jubelt die ganze bestochene parlamentarische Klique von rechts bis links (bis ganz „links") das Portefeuille mit den Staatsbanknoten fester in die Hand drückend —: „Gott sei Dank, es gibt noch Staatsanwälte und Richter in Berlin" (unter „Richter" ist nicht der „Genosse" vom Alexanderplatz gemeint). Und die Staatsanwälte — die Anwälte des demokratischen Staates — sind manchmal so tüchtig, daß die Demokratie im Interesse ihrer „Moral" gezwungen ist, ebenfalls hie und da einen festzusetzen.

Der Raum unseres Blattes würde nicht ausreichen, alle demaskierten Staatsstützen anzuprangern. In einem Falle müssen wir uns dies heute wieder gestatten. Herr Assessor Dr. Schott war bei dem jetzt noch bekannter gewordenen „Genossen" Richter in der 1a und machte sich in der Verfolgung der Revolutionäre so vorzüglich, daß er an das Landgericht II als Staatsanwalt befördert wurde. Im Frühjahr vorigen Jahres erfolgte seine Amtsentsetzung, jetzt erst wurde er verhaftet. Ihm wird Kreditschwindel, Scheckbetrug und Verbrechen im Amte vorgeworfen. Dr. Schott hatte — standesgemäß — mehrere Autos, lebte auf großem Fuße in Luxuslokalen und Spielklubs und zwischendurch in Kaschemmen mit Leuten, die im Hauptberuf dasselbe Gewerbe betrieben als er selbst im Nebenberuf. Diese und andere reiche Angeklagte und „Zeugen" besuchte er — als Anklagevertreter! — und „lieh" sich beträchtliche Summen von ihnen. Außerdem verschaffte er sich Kredite auf seine Autos derart, daß er ein und denselben Wagen zu gleicher Zeit an mehrere Geldgeber verpfändete. Das Geld sah natürlich niemand wieder. Das Ansehen, daß ein Staatsanwalt bei der Bourgeoisie hat, trug dazu bei, daß der Herr Staatsanwalt sein Gewerbe so lange ausüben konnte.

Solange dieser Herr Staatsanwalt im Interesse seiner Klasse die ruhestörenden Proletarier einkerkerte, war er ihr Held, als er ihr an den Geldbeutel ging, kerkerte sie ihn selbst ein.

Völkische Volksbeglücker.

Bankier Willi Bruss, ein völkischer Held — der seit längerer Zeit in Haft sitzt — hatte so sehr das Vertrauen seiner Anhänger, daß sie ihm viele Millionen in bar und Effekten anvertrauten. Viele Tausende sind um den letzten Pfennig geprellt. Das Landgericht 3 in Berlin hat jetzt für diese Sache ein Sonderdezernat eingerichtet.

Wirtschaft

Ein internationaler Finanzskandal

Der österreichische Staat um Millionen geprellt.

In Oesterreich sind die Finanzskandale eine Dauererscheinung. Wir brauchen nur an die Sklarareu, an die Wöllersdorfer Werke erinnern. Die Bankenskandale und -Zusammenbrüche nehmen seitdem kein Ende. Der Geruptte ist immer der Staat, in diesen Fällen die proletarischen Steuerzahler. Millionen um Millionen wurden dem zusammenbrechenden Wirtschaftskörper auf diese Weise abgezapft. Ein Betrugsmanöver von internationalem Ausmasse beginnt jetzt wieder an das Licht der Oeffentlichkeit durchzuschimmern. Nicht so sehr die hohen Summen sind es, die diesen Skandal kennzeichnen, als die Dummheit der sog. Staatsmänner, die personifizierte Skrupellosigkeit, mit der sich die „Staatsbürger" regieren lassen und das hohe Maß von Raffinesse einer internationalen Hochstaplerklique. Die kapitalistischen Staaten mit ihren raffiniert ausgeklügelten Apparaten zur Bespitzelung von Revolutionären entschlüpfen an der einen Seite der Zange der Gewohnheitsbetrüger, um auf der anderen Seite denselben Leuten unter die Presse zu geraten. Der gutfunktionierende Polizeiapparat, im allgemeinen auf rebellierende Proletarier eingedrillt, holt auch wohl mal die komprimittiertesten der bürgerlichen Eigentumsverbrecher auf Nummero Sicher. Diese ganzen komplizierten Staatsapparate haben aber nicht den geringsten Scharfblick, die Dinge zu durchdringen. Die gesamte bürgerliche und sozialdemokratische Journalie beider Richtungen geht darüber mit Notizen oder vagen Andeutungen und etwas Geschimpfe in Artikeln hinweg. Nur das Sensationsbedürfnis der Leser befriedigend. So dumm und hohl diese „Wirtschaftstheoretiker" und „Finanzschriftsteller" auch sein mögen, das Herumschreiben um diese Sachen ist ausnahmslos auf Bestechung zurückzuführen. Diese Fäulniserscheinungen, die heute die ganze Welt verpesten, muß jeder Bankkommise der Vorkriegszeit bis auf ihren Ausgangspunkt zurückfolgen können, sofern er sein Dasein auch nur oberflächlich begriff. Wir müssen daher heute wieder unsere Spalten opfern, um der Geschichtsklitterung ein Veto entgegenzusetzen. Wir geben uns nicht der Hoffnung hin, daß wir der gekauften Journalie das Gedächtnis schärfen, daß sie sam und sonders ihr Banknotenportefeuille vergessen wird. Wir lüften den Schleier von der Zentrale der internationalen Hochstapler, um die Proletarier einen Einblick zu gewähren hinter die Kulissen, wo die Fäden der Kutiskerei mit denen der barmatisierten Demokratie zusammenlaufen.

Nach dem österreichischen Zusammenbruch, als einige Millionen Pfund zu Stabilisierungszwecken ins Land gekommen waren, gründete die österreichische Regierung mit der Treugobank auf der einen, und die Rotterdamsche Bankvereinigung auf der anderen Seite, die Rekonstruktionsbank. Die Hälfte der Aktien übernahm der österreichische Staat, die andere Hälfte die Bankvereinigung in Rotterdamm. Die neugegründete Bank, die ihren Sitz in Holland bekam, sollte aus Holland Gelder für die österreichische Industrie heranbeschaffen. Sollte! Nach der Meinung der österreichischen Regierung. Die Meinung der holländischen Partner war, die englischen Pfunde aus Oesterreich nach Holland zu schaffen. So echt und wirklich die englischen Pfunde der österreichischen Regierung waren, die Reconstructiebank war eine Fata Morgana, eine Luftgründung. Die Aktien wurden nur gedruckt, um auf Grund dieser bunten Papiere zu den Pfunden Oesterreichs zu kommen. Denn die Rotterdamsche Bankvereinigung, eine alte Großbank, war von den Hochstaplern nur als Kulisse benützt. Die eigentliche Schiebberzentrale war die Hollandsche Grondkredietbank (Holländische Bodenkreditanstalt), resp. deren schweizerischer Macher, den wir zum Schluß in Lebensgröße andeuten.

Als der österreichischen Regierung der Sinn der „Reconstruktiebank" zu dämmern begann, versuchte sie sich mit beiden blauen Augen rückwärts zu orientieren. Sie stimmte zu, daß ihre Aktienhälfte, die in Holland (!) deponiert war, von einem zu bildenden Syndikat zwischen der Treugobank und der Wiener Depositenbank — die inzwischen verkracht ist — übernommen werde, um wenigstens noch 180 000 Hollandgulden zu retten. Von vielen Millionen. Solange der Staat seine Gulden nicht hatte, sollten die Aktien gesperrt, d. h. als unverkäufliches Eigentum der österreichischen Regierung in Holland im Banktresor bleiben. Dies war der Gesamtinhalt des Vertrages.

Eines Tages bekamen die Regierer in Wien aber einen Schreibebrief aus Holland, der ihnen kund tat, daß die Rotterdamsche Bank und die Wiener Bodenkreditanstalt (!) ihre Aktienhälfte der Reconstruktiebank „erworben" haben. Der Betrag von 180 000 Hollandgulden könne nicht nach Oesterreich geschickt werden, da die Amsterdamsche Bank (!) an die Wiener Depositenbank (!) eine Forderung von einer Million Hollandgulden habe!

Soweit wäre dies ein Betrugsmanöver zwischen zwei Partnern, von denen die österreichische Regierung der Dümmere war. Sonderbar ist es zwar, daß zum Schluß der Komödie einige Banken auftauchten, die an irgend einen Unbetrefften eine angebliche Forderung haben wollen, und dafür das Eigentum des österreichischen Staates anektieren. Man wird wohl nicht fehlgehen, daß der Partner des österreichischen Staates die Treugobank, Beauftragte der Holländischen Bodenkreditanstalt (Hollandsche Grondkredietbank) war. Denn ganz zum Schluß der Komödie hieß es, daß die erstere die Aktienhälfte des österreichischen Staates an letztere „abgetreten" habe. Das sonderbare, vom Standpunkt der bürgerlichen Moral ist vielmehr, mit wem sich die österreichische Regierung bei ihrer Bankgründung einließ. Der Gründer der Holländischen Bodenkreditanstalt ist nämlich ein alter Zuchthäusler und internationaler Hochstapler, ein gewisser Herr Heinrich Wüst in Binningen bei Basel, in der Schweiz. Mit diesem müssen wir uns einen Augenblick beschäftigen. Auf die moraltriefenden Staatsmänner Oesterreichs, die für jeden, der ein Stück Brot stiehlt ein wachsames Auge, einen Polizisten und einen Kerker hat, wirft dies ein bedenkliches Licht. Möglich auch, daß schon die österreichischen Finanzgelehrten, zu damaliger Zeit Sozialdemokraten, ebenso wie die Kutisker und Barmat Schüler des Herrn Wüst waren.

Herr Heinrich Wüst entdeckte, als er in einem Baseler Selterwassergeschäft ausgelernt hatte, daß aus der Dummheit ein gutes Stück Geld zu münzen war. Deshalb gründete er die Bankfirma Wüst und Kling in Basel. Tausende geprellte kleine Leute und 5 Jahre Zuchthaus war die Bilanz. Einige Jahre später machte der unverwüstliche Herr Wüst mit einer neuen Bank abermals Bilanz. Eine Anzahl um größere Summen Geprellter und 8 Jahre Zuchthaus. Beide Episoden zu einer Lehre geschweißt, erhielt die neue Bank, die Effektenbank in Bern, die Form der Genossenschaft und 20 000 geliehene Schweizerfranken als Rüstzeug. Als Betriebskapital wurden 100 000 Franken angegeben! Jetzt konnte nicht mehr der Meister eingesperrt werden, sondern höchstens die beteiligten Jünger. In einem Jahre waren hunderttausend Franken aus der Dummheit gerupft. Es entstand die Zentralbank AG. in Bern. Hier wurde eine Million als Betriebskapital angegeben. Sie gingen mit einer ganzen Presse fast Tag für Tag vor der Zentralbank warnte, „verdienten" Herr Wüst mit ihr eine Million Franken in einem Jahre. Jetzt gings nach Holland. In Amsterdam entstand die oben erwähnte Hollandsche Grondkredietbank mit „10 Millionen Aktienkapital". In Wirklichkeit war da keine Gründung ein Pfennig vorhanden gewesen. So enorm auch der Verdienst gewesen war, er hatte stets nur zu dem sehr „anständigen" Leben des Gründers, zu den „Gründungs"spesen und als Kaufpreis für verkrachte Träger hochtönender Namen für den „Aufsichtsrat" gereicht. Höchstens noch für ein luxuriös ausgestattetes Büro mit glänzenden Schaltern. Die verkrachten Barone und Grafen wurden nett eingekleidet und an schöne Schreibtische als Statisten gesetzt. Zu ernst hatte nur Herr Wüst. Eine derartige Schöpfung war auch die Amsterdamer „Bank". Sie bekam lebendige Fürsten als Statisten und einen Nachkommen Napoleons.

Hatte Herr Wüst bisher mit den faulen Papieren anderer seine Schäichen gemacht, in Amsterdam wurde er wirklich selbstständig. Seine „Bodenkreditanstalt" ließ 100 Millionen Mark Nennwert bunte Scheine drucken, nannte sie „Holländische Grundkreditbriefe" und errichtete in allen Teilen der Welt — unter Ausschluß der Oeffentlichkeit selbstverständlich — Verkaufsstellen. Ebenso selbstverständlich nicht in Holland. Der Eingang der Gelder richtete sich nach der Dummheit der Menschen. Es reichte aber aus, die internationale Eisenbahnbank in Bern zu gründen, eine Bank in Paris, eine in Aegypten, einige Zeitungen etc. Die Zeitungen hatten die Aufgabe, für die Wüst'sche Erfindung, für die „Grundkreditbriefe" Propaganda zu machen, seine Banken als Basis der Solidarität hinzustellen, und Herrn Wüst selbst als einen biederen harmlosen Bürger, der nie in seinem Leben eine Bank gemacht, der vor allen Dingen mit allen der genannten Instituten und Zeitungen nichts zu tun habe. Diese Hochstapeleien wurden so sehr in der Presse breitgetreten, daß sie jeder skandalbeflissene Stift, jeder Zeitungsschreiber, ja jeder Zeitungsleser wußte. Da auch die österreichischen Sozialdemokraten so gut wie ihre deutschen Genossen schon mit den Barmats in Amsterdam in Verbindung standen, so gut mit den Sklarz gutlohnende Geschäfte machten, so ist auch anzunehmen, daß sie Herrn Wüst kannten, und wußten, daß er ihr Partner über die Treugobank war.

Dieser Herr Wüst ist der sicher unsichtbar gewesene Konstrukteur der „Reconstructiebank" der österreichischen Regierung und der Erfinder des Schlüssels, der zu den Tresoren der Preußischen Staatsbank, der deutschen Reichspost, Reichsbank etc. paßte. Die Kutisker und Barmats und Konsorten waren nur die auf Gewinnbeteiligung angestellten Jünger und Uebermittler. Der „Zug der neuen Zeit" hat nur die Proletarier, die früher ihre Spargroschen opferten, in der Hintergrund geschoben. Die Schakale fressen heute die Leber des absterbenden kapitalistischen Wirtschaftskörpers. Der Fortschritt macht sich auch in „politischer" Hinsicht bemerkbar. War Herr Wüst stramm völkisch-antisemitisch-deutschnational, so sind seine Schüler schon Sozialdemokraten.

Mitteilungen

RHEINLAND-WESTFALEN.

An alle Ortsgruppen der KAPD. und AAU..

Der Bezirksarbeitsausschuß beruft für Sonnabend, den 14. Februar 1925, abends 6 Uhr und Sonntag, den 15. Februar 1925, eine

kombinierte Bezirkskonferenz

nach Elberfeld ein. Aus technischen Gründen kann die Konferenz nicht wie im Rundschreiben mitgeteilt schon am 31. Januar stattfinden. Das Tagungslokal bleibt bestehen.

Die Tagesordnung lautet:

1. Politische Lage. 2. Bericht von der Bezirkskonferenz. 3. Partei und Union und ihre Aufgaben. 4. Organisatorisches, a) Berichte, b) Reorganisation. 5. Vrsl. 6. Verschiedenes.

Anträge sind bis spätestens den 31. Januar eintreffend einzusenden. Sämtliche Anträge werden alsdann sofort den Ortsgruppen schriftlich zur Stellungnahme zugesandt.

Jede Ortsgruppe muß nach Möglichkeit je einen Delegierten der Partei und Union entsenden.

Außerdem fordern wir alle Ortsgruppen auf, sofort die fälligen Pflichtbeiträge abzuführen.

Die Bezirksleitungen der KAPD. und AAU.
Rheinland-Westfalen.

Leipzig.

Bestellungen für die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung", „Kampfruf" und „Proletarier" und Anmeldungen für Partei und Union, sowie alle Auskunft jederzeit bei:

Albert Warschau, Böhlitz-Ehrenberg, Leipzigerstr. Str. 99 II.

GROSS-BERLIN.

7. Unterbezirk (Charlottenburg). **Mittwoch**, 4. Februar 7,45 Uhr, in der Schule, Guerickestr. 32, Mitgliederversammlung.

16. Unterbezirk (Köpenick). Freitag, den 30. Januar, abends 8 Uhr, in Köpenick, Rosen-, Ecke Kirchstr. (Lokal Augustin **kombinierte Mitgliederversammlung der kommunistischen Arbeiter-Partei und Allgemeinen Arbeiter-Union.** Sämtliche Genossen, die in Köpenick, Grünau, Bohnsdorf, Adlershof, Friedrichshagen, Zeuthen und Königswusterhausen wohnen, müssen erscheinen.

Bezirksleitung der Partei.

17. Unterbezirk. Am Donnerstag, 29. Januar, findet bei Pickenhagen, Scharnweberstr. 60, eine "Werbe-Mitgliederversammlung (wichtiges Referat) statt, zu der sämtliche Genossen alle ihnen bekannten KAZ.-Leser, Sympathisierende und Unionsgenossen einzuladen haben.

Verantwortl. Red. u. Herausgeber: Otto Schernell, Berlin.
Druck: Willy Iszdonat, Berlin O 17, Lanze Straße 79.

6. Jahrg. Nr. 8

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Februar 1925

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich, die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Die korrumpierte Republik

Die betrogenen Betrüger — Sie sinken alle

Die Blätter aller „linken" parlamentarischen Gruppierungen sind in Ekstase geraten. Wer den „Vorwärts" und „Die Rote Fahne" liest, zu schweigen von den sogenannten anderen demokratischen Kloaken, könnte beinah glauben, daß sie die aufrichtigsten Mannen sind, denen das Wohl der so sehr begehrten Wahlmassen und nur deren Wohl am Herzen liegt. Ein Wutgeheul wird gegen die neue Regierung angestimmt. Ein Vorwurf - weiß - rot - gelbe ruft der „Vorwärts". „Die schwarz - weiß - rot - gelbe Reichskorruption" brüllt sie, „Die Rote Fahne" als Organ der „einzigen" Arbeiterpartei.

Um was handelt es sich? Was ist geschehen?

Im Hauptausschuß des Reichstages findet jetzt die Etatberatung statt. Da stellt sich dann heraus, daß so ziemlich eine dreiviertel Milliarde Goldmark der notleidenden rheinschen Industrie aus dem Säckel der Steuerzahler als Entschädigung für entstandenen Schaden durch und während des Ruhrkrieges, sowie auch noch durch die nachher entstandene Belastung durch die Micum überwiesen wurden. Diese Summen verteilen sich wie folgt:

An Micumlasten für die Ruhrzechen	400	Mill. G.-Mk.
für die chemische Industrie	35	„ „
Für Kohlenschaden für die Ruhrzechen	150	„ „
für die chemische Industrie	15	„ „
Für Aachener Gebiet		
Braunkohle, Rheinschiffahrt	45	„ „
Für das Sonderverfahren	70	„ „
insgesamt also	715	Mill. G.-Mk.

Von diesen Summen sind noch nicht verfügt über 60 Millionen, alles andere aber sei bereits ausgegeben. Darüber nun große Bewegung bei den alten ergrauten Parlamentariern und stürmische Zwischenrufe bei den noch etwas unartigen „Kommunisten". Ein Zentrumsmann sagte schmerzbewegt: „Die Haltung der Regierung sei außerordentlich befremdend. Im besetzten Gebiet herrsche große Unruhe über die umlaufenden Gerüchte". „Das Etatsrecht des Reichstages, das vornehmste Recht des Parlaments in jedem demokratischen Lande, ist auf unverantwortliche Art und Weise verletzt worden", schreibt entrüstet der „Vorwärts" vom 30. Januar.

„Die Tatsachen, daß diese Riesensummen ohne die geringste staatsrechtliche Grundlage und ohne Bewilligung des Reichstages ausbezahlt worden seien, sei geradezu treffend, daß die Schwerindustrie der eigentliche Beherrscher der deutschen Republik sei und die Regierung nur deren Kommando ausführe" sagte der Pseudokommunist Stöcker.

Doch halt, haben diese heute so laut schreienden Parlamentsfatzken wirklich das Recht, sich so in die Brust zu werfen? Die Proletarier mögen nur mal etwas zurückdenken an das Jahr 1923. Wenn sie sich wieder die damaligen Verhältnisse vor Augen führen, so werden sie klar erkennen können, daß die Schreier von heute die Betrüger von damals waren. Die heute über die Lasten des Ruhrkrieges und über die Abwälzung dieser Lasten auf das Proletariat ein Mordsgeschrei anstimmen, wollen damit nur ihre Mitschuld verschleiern. Es sind die Schreie der betrogenen Betrüger, die von der Sozialdemokratie und ihrem organisatorisch noch selbständigen linken Flügel, der „Kommunistischen" Partei Deutschlands ausgestoßen werden.

Wir stellen fest als geschichtliche Tatsachen. Als der Einmarsch ins Ruhrgebiet durch die Alliierten erfolgte, vor allem durch Frankreich, wegen Nichterfüllung des Versailler Schandvertrages, durchbrandete Deutschland eine nationale Welle, deren praktisches Ergebnis eine Einheitsfront war von Schlageter dem Faschisten bis zu Rennmele dem „Kommunisten". Man war sich einig im Prinzip der Abwehr dieser Schmach. Lieber tot als Sklav' war die Parole der Junker, Schlotbarone, Bankhyänen, Gewerkschaftsbesitzer aller Couleur und Parteiräte aller Schattierungen, wußte man doch, daß die Toten nur die Sklaven, das Proletariat, stellen würden. Das Proletariat, sich zum übergroßen Teil noch in dem Schlepptau dieser Leute befindend, mußte denn auch viele Tote für dieses gewaltigen Kampf zwischen den verschiedenen kapitalistischen Gruppierungen lassen. Etliche fielen durch Kugeln. Doch Abertausende raffte der Hunger dahin. Abertausende sitzen als angekettete Zeugen dieser Einheitsfront in den Zuchthäusern dieser freiesten Republik.

Alle waren sich einig. Alle Parlamentsfatzken hatten ihre Zustimmung der Regierung gegeben. Trotzdem wurde die Einheitsfront von 1923 in ungeschickter Weise durch die Regierung Cuno gestört, so daß die „Rote Fahne" vom 27. Mai 1923 in einem Artikel „Die deutsche Arbeiterklasse in Gefahr!" folgenden Passus brachte:

„Entweder läßt die Regierung die Mordhetze gegen die Kommunistische Partei verstummen oder wir werden das Schweigen brechen!"

Alle Organisationen, die im Ruhrkrieg die Einheitsfront bildeten, einschließlich der Kommunistischen Partei Deutschlands, waren sich auch im Prinzip einig für die Entschädigung des Schadens durchs Reich. Darum schreibt auch die „D. A.-Z." der Stinnes-Erben vom 29. Januar auf eine naive Anfrage des alten Bergarbeiterverbandes:

„Bekanntlich sollen dem Ruhrbergbau die Schäden, die ihm während des passiven Widerstandes und späterhin unter der Ruhrbesetzung durch die Micumverträge entstanden sind, vom Reich ersetzt werden."

Dieses hat nun die Bourgeoisie als herrschende Klasse durch ihren Vollzugsausschuß, die jeweilige Regierung, auch ausführen lassen. Nicht ernst zu nehmendes Geschrei ist es von den „Sozialisten" und „Kommunisten", wenn sie von „Verletzung des Rechts" faseln. Jeder Analphabet weiß, daß die Rechtsfragen — Machtfragen sind. Er weiß weiter, daß die Parlamente nur als Verschleierung der offenen Kapitalsdiktatur gelten. Er weiß weiter, daß die Bourgeoisie, wenn sie von Wirtschaft, oder wie hier vom Bergbau redet, nur sich meint und nicht etwa das Proletenpack.

Diese Binsenwahrheiten wissen aber nicht die freigelben Berufsorganisationen, wissen nicht die Sozialisten und wissen auch nicht die Pseudokommunisten. O ja, sie wissen es schon. Aber durch ihr hysterisches, unehrliches Geschrei wollen sie dem Stimmvieh Proletariat, das sich leider noch immer von diesen Gaunern leithammeln läßt, erneut beweisen, daß sie noch da sind und auch die Quasselbude noch Wert für den Klassenkampf, so wie diese Führerbourgeoisie ihn auffaßt, hat.

Das Proletariat darf sich nicht durch die Unkenrufe dieser seiner Sklavenhalter betören lassen, sondern muß erkennen, daß es diesen Augiasstall von Korruption, mit das sichere Merkmal einer untergehenden Gesellschaftsordnung, nur ausmisten kann, wenn es die Gesellschaftsordnung selbst beseitigt und dafür seine Bedarfsordnung, den Kommunismus errichtet.

Dieses wird es nur können, wenn es sich von allen parlamentarischen und gewerkschaftlichen Ueberlieferungen befreit, wenn es geschlossen als Klasse sich in den Betrieben formiert und den Kampf um die Betriebe, um die Produktion, um die politische Macht, den Kampf um die Macht der Räte aufnimmt. Nicht mit Petitionen, Resolutionen und Demonstrationen wird es seinen Klassenfeind niederwerfen können, sondern nur durch die Errichtung seiner Klassendiktatur, wird es die Diktatur der Bourgeoisie, wozu die Parlamente mit ihren Diätenschluckern und die Gewerkschaften mit ihren ergrauten Taktikern gehören, überwinden können und somit sein Leben als Klasse, was in dieser „Ordnung" im wahrsten Sinne des Wortes auf dem Spiele steht, retten.

Der große Sumpf

Die Sozialdemokratie Urheberin der Preußenbankkorruption.

Nicht nur die Kräfte die in dem Skandal der Preußischen Staatsbank stets die unwahrscheinlichsten Rollen spielen, nicht nur die spannenden tragikomischen und possenhaften Bocksprünge der preußischen Finanzstrategen und die nic-karterhaften Gaunertricks ihrer ehrenwerten Kunden gestalten die Preußenbank zu einer Komödie. Die ganze wechselvolle Aufrollung und Abwicklung der „Affäre" ist eine einzige verfilmte Groteske. So sehr man diesem System alles zutraut, eine Ueberraschung jagt die andere, die nächste immer dramatischer als die vorhergegangene.

Ein Herr Blau, Generaldirektor eines Werkes, das auch dann noch Kredit besaß, als die Kutisker und Barmat schon von allen Seiten als Industrieritter erkannt waren, gab Herrn Kutisker gleich stoßweise seine Blankoaccepte — unausgefüllte, nur mit seiner Namensunterschrift versehene Wechselformulare — die dieser nur mit x-beliebigen Summen beschreiben brauchte, die er sich dann von der Staatsbank auszahlen ließ. Dieser Herr Blau ist von der Staatsanwaltschaft wieder aus der Haft entlassen worden, gegen Stellung von einer Million Mark Kaution. Nach dieser „Rechtsauffassung" hat man nur nötig, den Staat um 2 Millionen zu prellen, um ihm die Hälfte zur Loskaufung wieder zurück zu geben. Das ist natürlich keine Klassenjustiz, denn es steht jedem, der wegen Diebstahl eines Stückes Brot oder einer Hose eingesperrt ist, ebenfalls frei, sich durch eine Million Mark Kaution zu befreien. Da der Barmat-Konzern und die (Kutiskersche) Steinbank aufgelöst werden, und ihnen ebenso wie den Kutiskern von seiten sächsischen Staatsbank keine Kredite mehr gegeben werden sollen, ist die Handlung der Staatsanwaltschaft etwas unklar. Will man die von amtlichen republikanischen Vermögensverwaltungsstellen verpulverten hundert Millionen durch Freilassungskautionen wieder hereinholen, so kann der Sinn dieser Enthaftungen nicht anders aufgefaßt werden, als daß die um Kutisker sich andere — Einnahmsquellen verschaffen sollen.

Zur „Untersuchung" der Geschäftsführung der Staatsbank sind jetzt Ausschüsse eingesetzt. Der eine von „Reichsstellen", der andere vom Preußenparlament. Beide haben den Namen „Barmatausschuß" bekommen. Sie verdienen ihren Namen in des Wortes verwegendster Bedeutung. Es sind sämtliche beteiligten Parteien darin vertreten. Es wäre allerdings auch nicht anders denkbar, denn das ganze demokratische System ist barmatisiert. Die nötige Sachkunde (im „untersuchen" nämlich) haben die Herrschaften zweifellos mitgebracht. Die einen aus ihrer amtlichen, die anderen aus ihrer parlamentarischen Tätigkeit. Der Reichs-Barmat-Ausschuß wählte zu seinem Vorsitzenden den Sozialdemokraten Saenger. Mit Recht! Denn die Barmats sind Sozialdemokraten, und Ebert jun., Richter, Severing, Hellmann etc. auch. Der Preußen-Barmat-Ausschuß kürte zu seinem Vorsitzenden den Volksparteiler Dr. Leidig. Auch mit Recht. (Demokratie heißt gleiches Recht aller Beteiligten.) Der Finanzminister ist auch Volksparteiler.

Im Preußenausschuß bekannte Herr Ministerialrat Schenk vom Finanzministerium, daß dieses von Beginn der Schiebungen an gut über sie orientiert war. Schon im Februar 1924, so führt Herr Schenk aus, als die Schuld des Kutisker „erst" 4,8 Mill. betrug, konnte er seine Wechsel, die als „Deckung" gegeben waren, nicht einlösen. Von der Generaldirektion der Preußenbank wurde beschlossen, daß weitere Kredite nicht mehr in Frage kämen. Macht nichts. Die Proleten blechen ja aus Liebe zu ihrem Vaterland. Kutisker bekam noch ein Dutzend Millionen.

Die Güte der Barmats wurde vom Finanzministerium wie von der Preußenbank so eingeschätzt, wie die des Kutisker. Schon im

Rentenmark bestimmt. Dann orientierte sich die nach dem Prinzip: Mutig zieht der Taptere sich kleine Deckung in Effekten wurden den Barmats behändigt. Auf das Stückchen unbeschriebenes bekommen sie ihre 10 Millionen. Allein von bank.

Man natürlich nicht verlangen, daß die Barmat-Aus- r geheimen Kräfte aufpräschen, die diese Verbin- erstellten und aufrecht erhielten. Denn der Parlamen- ist ebenso dunkle Sache wie die Kutisker und Barmat Den Proletariern wird es genügen, jetzt, nach dem nissiege zu erfahren, daß die Barmat und Kutisker ers gute Beziehungen zu klerikalen Kreisen und zur rtschaft", wie zur Sozialdemokratie hatten. Jedenfalls n diese Ausschüsse zur Zufriedenheit aller beteiligten arbeiten.

Wie wurden nun die Transaktionen abgewickelt, für welche Universitäten dem Staat die „Völkswirte" und „Rechtsgele- ten" liefern, die dieser zu Finanz-Oder- und Geheimen anzraten stempelt? Herr Finanzrat Brekenfeld antwortet rüber im Barmatschen Reichsausschuß: Kutisker gab als ste Deckung 32 000 Pfund (650 000 Mk.), die von der „Wo- ag", d. h. von ihm selbst stammten. Diese Wechsel hatten eniger Wert als das unbeschriebene Papier, aus dem sie ge- macht wurden. Der 32 000-Pfünder wurde selbstverständlich nicht eingelöst. Es wurden andere Wechsel, in höherem Be- trage dafür gegeben, der überschießende Betrag wurde von der Preußenbank bar herausbezahlt. Diese Geschichte wie- derholte sich so oft, bis die 15 Millionen voll waren. Diese Stufenleiter wäre sicher so lange weiter getrieben worden, bis Herr Kutisker der glückliche Besitzer der „freiesten Re- publik der Welt" gewesen wäre. Nur der Neid eines Kon- kurrenten um dieses Objekt schob da einen Riegel vor. Wie schön wäre der Abschluß gewesen, wenn Herr Kutisker durch Wechselausschreiben in den Besitz von 500 000 Quadratkilo- meter Land mit 60 Millionen Untertanen, Schornsteinen und Bergwerken gekommen wäre. Der Neid ist nicht nur eine schlechte Eigenschaft, er verdirbt auch die Freude. Denn sicher wäre Kutisker ein guter König gewesen, (oder Kaiser?). Der Pacifismus hat schon seine — richtige Theorie — die auch stimmen würde, wenn es keinen Neid gäbe. Denn wenn man durch Wechsel die angrenzenden europäischen und überseei- schen Demokraten ramschen kann, ist der Krieg abgeschafft. Der Neid . . . . Aber deshalb ist der Wechselimperialismus auch nicht Herrschaftsform geworden.

Um die berühmte Ehrenhaftigkeit alt-preußischer Beamter besser zu verstehen, müssen wir ein Beispiel aus dem seelen- verwandten zaristischen Rußland gehen. Roda Roda erzählt in seinen Erinnerungen: Ein Gouverneur war wegen Riesenbetrü- gereien seines Amtes enthoben worden. Der Nachfolger galt als unbestechlich. Ein Händler mit Barmat-Manieren hatte aber einige Waggon Spreu und Sand, auf die oben einige Zenter verfaulter Hafer gebreitet war. Zum Wegwerfen war das Zeug zu schade, also konnte der Staat als Käufer in Frage kommen. Dazu paßte der unbestechliche Gouverner nicht. Also . . . . ? Der Hafenhändler stellte sich dem Gouverneur in aller Form vor. Von Hafer kein Wort. Am nächsten Tage stand der Händler richtig dort, wo der Gouverneur spazieren ging. Mit aufgespanntem Regenschirm, bei lachendem Son- nenschein und heiterem Himmel. Der Händler verwettete 50 000 Rubel, daß es in 10 Minuten in Strömen regnen werde. Der Gouverneur gewann die Wette. Abends zahlte sie der Händler aus, durch Wechsel. Und der Gouverneur kaufte den „Hafer" für 150 000 Rubel, für den Staat!

Bei der Preußenbank wurde das Ding so gedreht — als durchaus kein Kredit mehr möglich war. Zwischen Kutisker und Michael brach ein „Streit" aus. Sie erbaten sich vom Präsidenten der Staatsbank seine Geheimen Finanzräte Dr. Rübe und Dr. Hellwig als Schiedsrichter. Michael erhielt

Achtung! Ortsgruppen und Postbezieher!

Dieser Nummer liegen Zahlkarten bei. Wir weisen darauf hin, daß die Abrechnung bis zum 5. Februar zu erfolgen hat. Rückstände von mehr als vier Nummern hat rücksichtslos Einstellen der Belieferung zur Folge. Genossen! Denkt daran, daß Euro nachlässigen Abrechnungen die Zeitung in Gefahr bringen. Halten Euro Ortsgruppe den revolutionären Proletariats hoch. **Sorgt für weitreiche Verbreitung. Sammelt für den Pressefond.**

Genossen! Trotz mehrmaliger Anforderung an uns die Nummer 38 vom vorigen Jahr anzustellen, sind nur wenige Exemplare eingegangen. Wir benötigen immer noch 25 Exemplare. Schickt uns diese umgehend zu.

„Recht" und bekam von Kutisker 2 Millionen — in Wechseln. Die Wechsel bekam die Staatsbank, Michael von ihr seine 2 Millionen, davon Dr. Rübe und Dr. Hellwig ihre Schieds- richterhonorare, jeder 52 000 Märker.

Von jetzt ab ist auch Michael der „Kunde" der Staatsbank — als gegen Kutisker und Barmat schon ein Rattenkönig von Klagen, Anzeigen und Prozessen lief, in die Staatsbank aber immer noch der Goldstrom proletarischer Steuern floß. Des- halb wurde Michael „Kunde" der Staatsbank.

Wie war es möglich, daß die von Aristokratie so verach- teten Habenichte, abgerissene verwilderte Schnorrer den Zenith der Lüge und Fälschung, von Bestechung und Korruption, der dumm-dreisten Schlamperei der Staatsbank bilden konnten? Der Neid der parlamentarischen Futterkrippenjäger läßt hier einiges durchsickern, trotzdem der sehr ehrenwerte Barmat- Ausschuß bei dem wichtigsten Punkt der Verhandlung die Oeffentlichkeit ausschloß. Wir haben schon einige Warnungen erwähnt, die schon vor dem Aufstieg der Staatsbank-„Kunden" gegen diese erfolgten. Auch hier gibt es noch Ueberraschun- gen: Abg. Ladendorff (Wirtschaftliche Vereinigung) gibt be- kannt, daß bereits das deutsche Generalkonsulat in Holland am 9. Oktober 1919 das Auswärtige Amt direkt vor den Bar- mats warnt und daß es in dieser Warnung Barmat nicht bloß als unreellen Geschäftsmann, sondern als Lump und Be- trüger erster Klasse bezeichnet und sich beruft auf einen Brief von 1917, in dem damals schon das General- konsulat der Niederlande das Auswärtige Amt gewarnt hat.

Das Auswärtige Amt von 1919 — damals war „sozialis- tische Republik" — mit einem Sozialdemokraten besetzt. Wir wissen aus dem Munde sozialdemokratischer Exzellenzen, daß die in Betracht kommenden Sozialdemokraten die Barmats nicht nur zu dieser Zeit gut kannten, sondern auch schon in der Vor- kriegszeit. Aus dem Munde Eberts wissen wir, daß er gerade zu der Zeit der Warnung den Barmat persönlich empfing. Lassen wir wieder den amtlichen Bericht sprechen: „Finanzrat Brekenfeld äußerst sich hierauf über die Geschäfte der Preußischen Staatsbank mit Barmat: Die Geschäftsverbin- dung wurde im Mai 1923 aufgenommen auf Grund von Empfehlungsschreiben, die mit dem gleichen Datum vom 12. Mai 1923 vom Reichskanzler a. D. Bauer (Sozialdemokrat) und vom sächsischen Gesandten Dr. Gradnauer (Sozialdemok- rat) eingingen. Die Briefe waren an den damaligen Staats- bankpräsidenten v. Dombois gerichtet.

Reichskanzler a. D. Bauer schreibt:

Berlin, den 12. Mai 1923.

Sehr geehrter Herr Präsident!

Auf Grund des Herrn Direktor J. Barmat, der mit Ihnen wegen Diskontierung von Wechseln verhandelt hat, teile ich Ihnen mit, daß Herr Barmat mir seit vielen Jahren als ein zu- verlässiger kreditwürdiger Geschäftsmann bekannt ist, der seine Verbindlichkeiten bisher prompt erfüllt hat. Ich wäre Ihnen zu Dank verpflichtet, wenn es Ihnen mög- lich wäre, ihm entgegenzukommen."

Das Buch gehört zu jenen wenigen, die sozusagen von der Zeit selbst geboren wurden. In den damaligen Verhältnissen konnte in Rußland nur die Intelligenz Trägerin der sozialisti- schen Ideen sein, die Begründung dieser Ideen konnte also selbstverständlich keinen ausgesprochenen Klassencharakter tragen, konnte nicht materialistisch sein. Sie mußte an das einzige Bindeglied zwischen der Intelligenz und den unter- tenden Volke in den damaligen Verhältnissen: an die sittliche Pflicht anknüpfen, sie mußte ferner, angesichts der großen Opfer, womit der Kampf erkauft werden sollte, auf einen sehr hohen moralischen Zensus berchnet werden.

Beides fand die intelligente Jugend in den Briefen Law- rows: eine ihrer Gedankenrichtung allein selbstverständlich und ihren Standpunkte logisch unüberwindliche Begründung des Sozialismus und einen Jungbrunnen revolutionärer Be- geisterung, heldenhafter Selbstlosigkeit, sittlicher Läuterung.

Wie erhaben auch heute ein sozialdemokratischer Quar- taner von der Höhe seines „Klassenstandpunktes" und seines „Materialismus" auf den alten Idealisten zurück- und herab- zublicken vermag — Lawrow hatte ein ganzes junges Helden- geschlecht aus der Taufe gehoben.

Die zierliche blonde Sophie Perowskaja mit ihrem ruhigen Madonnengesichten, die, ohne mit der Wimper zu zucken, zum Galgen schritt, der junge Kibaltschitsch, der seinen bleichen, genialen Kopf stolz dem Henker bot, der asketische Willensriese Michailow und die Hunderttausende anderer — sie waren alle Lawrows geistige Kinder, sie hatten alle noch als blutjunge Studenten und Gymnasiasten spät in der Nacht mit glühenden Wangen die „Historischen Briefe" ver- schlungen . . .

Nach drei Jahren Verbannung floh Lawrow mit Hilfe seiner Genossen aus Wologda nach dem Auslande, und kam nach Paris, wo er die Kommune miterlebte. Tief ergriffen durch das gewaltige revolutionäre Drama, schrieb er später auf das Drängen seiner Jünger hin eine kleine Unterschung: „Der 18. März", worin es uns eigenst Anschauung die Ge- schichte der Kommune erzählt und kritisch erläutert.

Bald aber beginnt seine eigentliche sozialistische Tätig- keit im Auslande. 1872 übernimmt er in Zürich die Redaktion des „Wperjod" (Vorwärts), die er bis 1876 führte. Hier steht er noch auf demselben Standpunkte insofern, als er immer noch in der friedlichen Propaganda der sozialistischen Ideen den wichtigen Hebel der Revolution sieht. Der von ihm gepre- digte Sozialismus selbst zeichnet sich hier aber durch eine weit größere Bestimmtheit und Festigkeit vor dem der „Histo- rischen Briefe" aus. Lawrow ist im „Wperjod" bereits in ausgesprochener Weise auf der allgemeinen Marx'schen Lehre; die ökonomische Grundlage des Sozialismus wird — im Gegen- satz zu einer anderen in Rußland damals vorherrschenden Richtung — mit großem Nachdruck betont.

Der revolutionäre Kampf in Rußland ging übrigens da- mals andere Wege, als ihn Lawrow in seiner Zeitschrift wies. Die Unfruchtbarkeit der friedlichen Propaganda und der Druck des Absolutismus hatten die sozialistischen Scharen mit Elementarkraft in die Bahn eines tatkräftigen politischen Kampfes getrieben: 1878 wurde die terroristische Partei „Na- rodnaja Wolia" (Volkswille) organisiert, und 1881 krachte der große Donnerschlag in den Zwinger der russischen Za- renherrschaft, daß die ganze zivilisierte Welt erstaunt wider- hallte.

Auf der Höhe der politischen Macht, die sie mit dem At- tentat auf den zweiten Alexander erschwungen, ist die Na- rodnaja Wolja nie mehr gekommen. Aber eine moralische Macht blieb sie noch bis gegen Ende der 80er Jahre, und sie beherrschte in dieser Zeit vollkommen die sozialistische Be- wegung in Rußland. Ihr Organ: „Wiestnik Narodnoj Woli" (Bote des Volkswillens). Und es ist der größte Beweis der Verehrung und des Einflusses, die Lawrow genoß, daß zum Redakteur dieses Organs der terroristischen Partei ausgerechnet Lawrow ausersehen wurde — er der bihr eine ganz andere Taktik propagierte. Es mochte dem ehrlichen, feinfühlenden Denker und Menschenfreund eine Selbstüberwindung gekostet haben, sich an die Spitze eines rücksichtslosen gewaltsamen Kampfes zu stellen, der von seinen Begriffen so verschieden war. Gleichwohl — er tat es. Der Dienst der revolutionären Sache ging ihm über alles, und niemals konnte Peter Lawrow nein sagen, wenn die Sache ihn rief.

Mit größter Hingebung leitete Lawrow das Organ der Narodnaja Wolja bis 1887. Daß das sozialistische Programm dieser Zeitschrift angesichts dieser Verhältnisse, aus denen es geboren war, nicht einheitlich und im deutschen Sinne so- zialistisch sein konnte, versteht sich von selbst. Sein über- wiegender Zug ist der Glaube an die Eigentümlichkeit der russischen sozialen Verhältnisse und an die Obschtschina (die kommunistische Landgemeinde) als den Ansatzpunkt für die sozialistische Umwälzung. Aber nicht das Programm war die Hauptsache an der Zeitschrift, sondern der geistige Wie- derspiegelung des in Rußland vor sich gehenden Kampfes und die Hochhaltung seiner stolzen Standarte. Und diesen Auf- gaben ist Wiestnik unter Lawrows Leitung vollauf gerecht geworden.

Aber seit der Mitte der achtziger Jahre beginnt allmäh- lich die terroristische Bewegung zu ebben; neue Strömungen, getragen von einer neuen Generation, kommen allmählich, erst schüchtern, dann immer kräftiger und selbstbewußter an die Oeffentlichkeit. Und hier beginnt das tragische Geschick im Leben Peter Lawrows.

An die neue sozialdemokratische Propaganda, die neue Periode des russischen Sozialismus, konnte sich Lawrow nicht mehr anpassen. Mit der ganzen Seele hat er sich der Partei der Narodnaja Wolja ergeben und ihren unvermeid- lichen Niedergang vermochte er nie zu fassen, an ihn nie zu glauben. Stets hoffte er trotz aller Enttäuschungen, die Sonne für den ihm liebgewordenen Kampf würde doch wiederkom- men. Die lebhaften Diskussionen über das Programm, die mit Mitte der 80er Jahre anhuben, waren ihm unverständlich und schmerzlich. Den Kampf wollte er wiederschen, einen Kampf aller Sozialisten gegen die herrschenden Gewalten und nicht den Kampf der Sozialisten untereinander.

Und er schwieg. Die prinzipielle Schlacht im sozialisti- schen Lager ward inzwischen ausgefochten, die Reihen der Narodnaja Wolja schmolzen zusehends zusammen, eine neue ten und angewiesenen Bürgertypen zerschlagen sich Proletarier gegenseitig die Schädeldecke. Das Wutgeheul des „Vorwärts" vom 28. Januar, Abendausgabe, begrüßen wir, weil sie einen positiven Vorschlag macht, nämlich in den Betrieben zu dis- kutieren und Stellung zu nehmen. Sehr richtig, sagen wir. Jawohl, in den Betrieben soll das Proletariat zum Rechtskurs Stellung nehmen. In den Betrieben soll und muß und wird das Proletariat als Klasse zu seiner Klassenlage Stellung nehmen, wenn es nicht weiter der Spielball von parlamentarischen Gau- nern aller Richtungen sein will.

In diesem Sinne hat die solenne Kellerei doch ein kleines positives Resultat fürs Proletariat ergeben. Wird dieser sicher nicht so gemeinte Vorschlag des Reptils nicht so ausgenutzt, dann werden „Rote Front" und „Gelbe Mannen" noch oft zusammenrasseln, es sei denn, daß letztere nicht doch vor- ziehen, sich die gewaschenen Hosen dieser Republik erst gar nicht wieder anzuziehen.

„Vorwärts"-Schnüffelei

Viele inhaftierte Proletarier geben sich der gefährlichen Illusion hin, daß die parlamentarischen Arbeiter-Parteien eine größere Amnestie durchsetzen werden. Mit einem perfiden Zynismus, wie ihn nur kleinbürgerliche Kanallen aufbringen, höhnt der „Vorwärts" vom 22. Januar im Abendblatt:

Wo sind die Siebentausend?
Eine Frage an die KPD.

Ein Vertreter des Justizministeriums hat nämlich im Rechtsausschuß des preußischen Landtags erklärt, daß in Preußen höchstens 500 kommunistische politische Gefangene vorhanden seien. Diese Zahl hat sich ergeben aus einer Rund- frage an die Anstalten. Da Preußen etwa zwei Drittel des Reiches umfaßt, können unmöglich im letzten Drittel noch 6500 Gefangene politischer Natur weilen.

Mit dem Ton eines zahnstets Philisters konstatiert der „Vor- wärts"-Schmierfink zweierlei: Entweder haben die Kommu- nisten übertrieben oder sie haben über das, was politische Ge- fangene sind, ganz andere Begriffe, als die übrige Mitwelt. Bald wurde er Inhaber der Steinbank. Das Landesfinanzamt bezeichnete ihn als unzuverlässig und das Finanzministerium versagte ihm den Devisenhandel. Dann kam die Verbindung mit der Staatsbank.

Wer zweifelt noch daran, daß der „Sozialismus" sozial- demokratischer Couleur eine rentable Sache ist?

Politische Rundschau

„Heil Republik" contra „Heil Moskau"

Am Geburtstage des Exkaisers veranstaltete die Völker- befreiende im Sportpalast zu Berlin eine Kundgebung gegen den Rechtskurs. Die Mannen des Reichsbanners marschierten auf und machten die Kundgebung zu einer einneitlichen da- durch, daß sie jeden sofort entfernten, der etwa anderer Mei- nung war als sie von den betreffenden Parteivätern gesäubert wurde. Nach vollbrachten Heldentaten dieser militarisierten Gehirne ereignetes sich nun auf der Straße etliche großange- legte Keilereien, bei denen es dem im Volksmunde als Mostrich- brüder bekannten Reichsbannerhelden sehr übel erging.

Bekanntlich gibt es außer der schwefelgelben Partei noch eine „Rote" Front. Jedenfalls behaupten dies die Jungstürmer der KPD. sowie der Rote Frontkämpferbund E. V. von sich.

Wenn man den „Vorwärts" liest, könnte man annehmen, die „Roten" sind die Schuldigen. Liest man aber die „Rote Fahne" und die Berichten der Arbeiterkorrespondenten, so scheint es umgekehrt der Fall zu sein. Wer im Recht ist, wissen wir nicht. Jedenfalls müssen Kampfnationen, wenn sie in greifbare Nähe geraten, zusammenprallen. Das liegt im Wesen einer jeden militärischen Organisation. Wir halten diese gegenseitige Aufklärung unter Arbeitern nicht für die beste; denn diejenigen, die man treffen will, z. B. die „roten" Mannen den Levi oder die schwefelgelben die nationa- listische Studentenfreundin Ruth Fischer, trifft man nicht. Zum Gaudium ihrer Parteiräte, dieser auf Sklavenhandel eingestell-

Partei gelangte seit den 90er Jahren zur ungeteilten Herr- schaft. Und der alte Lawrow saß in seinen zwei armseligen Stübchen in der Rue St. Jacques, arbeitete, vergraben in ganzen Bergen von Büchern an einer Geschichte der Philoso- phie, die in dem Sozialismus ihre Krone finden sollte, und wartete . . . Jeder Nachricht aus Rußland, jedem neuen Flücht- ling begegnete er mit stiller Hoffnung, daß die Narodnaja Wolja wieder erstanden ist, daß sie sich wieder ermannt und zum Kampfe rüstet. Es erinnert etwas in diesem Warten zum Kampfe an den Idealisten an den anderen Großen, an Fourier. So des geistigen Wiederaufbaues der Partei im Auslande ge- mochte der alte Utopist tagtäglich mit seinem in Papier ge- schnitzten Lakai Brot unter dem Arm in sein Stübchen wan- dern, in der Erwartung: dort harrt seiner bereits der ersi- sehnte Millionär . . . .

Der Millionär kam nicht. Die Narodnaja Wolja war nicht mehr verstanden, und Lawrow wurde immer fremder der neuen Generation. Nicht nur prinzipiell und taktisch, auch geistig waren ihm die heutigen Sozialisten Rußlands fremd. Andere Zeiten — andere Sitten. Die heute notwendige Klein- arbeit, die zuweilen überwiegende Vorherrschaft der ökono- mischen Seite des Kampfes, die in dem Fachverein oder dem kleinen Streik in einer Kleinstadt naturgemäß ein bedeutsa- mes Ereignis erblicken läßt, konnte dem aus große und ganze gehenden Geiste Lawrows nicht gutsprechen. Gewöhnt an Heldengestalten, erschien ihm der durchschnittliche sozial- demokratische Agitator von heute etwas zwerghaft.

Und daher der schmerzlich-ängstliche Zug im Gesicht, mit dem er jedesmal zu einem neuen Besuch aus seinem Ar- beitszimmer heraustrat, die hohe Patriarchengestalt mit dem langen weißen Bart und Haar immer noch aufrecht, die müden, überarbeiteten, kurzsichtigen Augen fragend auf den Ankömmling gerichtet, und mit einer Hand den allen abge- neutzten Schlafrock zuknöpfend. Und dieser eine Blick ge- nügte, um alles Kleinliche, Häßliche, Schmutzige, das in dem Parteiskandal überall und noch mehr in dem tristen Flüchti- lingsdasein sich hergehoch aufhäuft, von der Schwelle des großen Menschenfreundes und des reinen edlen Idealisten zu weisen. Weich, gütig und äußerst bescheiden, wußte er eine gewaltige geistige Kraft auf seine Umgebung auszuüben. Und dabei war er sogar, wie die ganze reinen und zarten Naturen, etwas schüchtern. Der Zudringlichkeit, der Dreistigkeit wußte er sich nicht zu erwehren. Und das einzige Mal, als er auf Wunsch seiner Freunde einen unwürdigen und zudring- lichen Schreiberling zurückwies, kostete es ihm eine sichtliche Mühe. „Ich . . . ich . . . kann mit Ihnen nichts zu tun haben", stieß er hervor, tief errötend, die letzten Worte schon hinter der Tür des anderen Zimmers, wohin er sich nach dieser Tat flüchtete.

Zuletzt konnte er eigentlich mit niemand etwas zu tun haben und er verschwand ganz in seinem Arbeitsstübchen, wo er, verlassen von seiner hochadligen Familie — nur eine Tochter besuchte ihn zuweilen — und von den sozialistischen Kämpfern, bald von schwerer Krankheit darniedergebeugt, bald über dem Tische tief gebückt, an der Geschichte des menschlichen Gedankens arbeitete, die der Sozialismus krö- nen sollte. . .

Von den geschichtlichen Totenbeschwörungen des russischen „Sowjet"regimes

Die letzte Phase einer weltgeschichtlichen Gestalt ist ihre Komödie. Marx.

Treffsicherer kann kein politischer Urteilsspruch die Zeit- geschichte illustrieren, als der von Marx geprägte auf die „Nep- politik" Rußlands angewandt. So treffsicher die „Neue Ökono- mische Politik" Rußlands in ihrer abgekürzten Titulierung das Geheimnis ihres Wertinhalts offenbart, so von geschichtlicher Ueberlieferung belastet zeigt sie sich überall da, wo sie in handelspolitischer Umarmung mit den kontinentalen und uno- nistischen Weltkapital Verbrüderung zu feiern gezwungen ist.

Die Toten reiten schnell. Sie haben aus dem Rußland der „Bolschewiki" das Rußland des erholungssuchenden Kapitals gemacht. Wie kam das? Rußland, das als Jungborn für pazi- fistische Friedensfreunde galt, steuert den Kurs des schiff- brüchigen Großkapitals. Rußland, die Hoffnung bürgerlicher Reformisten, geht über deren Reformeifer zur Tagesordnung über. Es konsolidiert seine „Herrschaft" in den Niederungen der Kapitalsdiktatur sowohl, als in denen bürgerlich-kapitalisti- scher Bestechungsskandale. Wir resumieren, wenn wir einen gedrängten Ueberblick über die Ursachen und den „Fortschritt" der russischen „Neppolitik" geben.

Rußlands bürgerliche Gesellschaftsmacht nahm um das Jahr 1905 herum einen entscheidenden Anlauf zur Geltend- machung seiner politischen Mitbestimmung. Die Kämpfe um diese mußten notwendigerweise einen bürgerlich-kapitalisti- schen Charakter tragen, da sie, auf dem Rücken des Stadt- und Landproletariats ausgetragen, ihr Endziel in der Beseiti- gung des Absolutismus der Zarenherrschaft suchten. Der za- ristische Absolutismus war im Barbarismus erstarrt. Er hatte einem despotischen Gewaltregime die Zügel überlassen. Er lebte von der durch die Nagaika wachgehaltenen Anbetung

Karl Liebknecht über die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie

Die deutsche Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung in ihren Führern vom Kopf bis zur Zeh beschmutzt, im Morast kapitalistischer Liebedienerei, ministerialistischen Lakaientums watend, Fäulnis bis ins Mark ihrer Knochen, korumpiert, dis- kreditiert vor aller Welt. Jeder ernste Klassenkämpfer, jeder ehrliche Internationalist, jeder aufrichtige Sozialist sich mit Ekel von ihnen wendend. Das einst so stolze Gebäude der so- zialistischen Arbeiterorganisationen zerborsten. Die Arbeiter- bewegung vor die Notwendigkeit eines mörderischen inneren Kampfes gestellt, der Jahre hindurch währen wird. —

Eines Kampfes, der indessen die revolutionären Kräfte des Proletariats nicht lähmen, nicht schwächen wird; denn die vom Disziplinletisch, der Organisationsbürokratie und dumpfig ge- wordenen taktischen Ueberlieferungen losgelösten Kräfte der stürmischen Elemente werden die revolutionäre Bewegung be- schleunigen, vorantreiben zur ungehemmten Rücksichtslosig- keit.

(Aus: „Das Zuchthausurteil gegen K. Liebknecht", Seite 142.)

des Volkswillens. Das war bis zum Ausbruch des Weltkrieges. Der Ausbruch — nicht der Ausgang, wie irrtümlich vom Proletariat immer noch geglaubt — war der Beginn der Todesstunde dieses despotischen Gewaltregimes.

Als die Bolschewiki 1921 daran gingen, die Anfänge einer kommunistischen Ordnung zu zerstören, sie durch die „Nep" zu ersetzen, versprachen sie dem Proletariat einen Gewinn aus der Nep-Politik.

Von Versprechungen aber lebt niemand, am wenigsten die Klasse, die arbeiten muß, um zu leben. Diese sieht in der prak- tischen Auswirkung der Neppolitik erstmalig diese als national umgrenzte Burgfriedenspolitik zweier Klassen. — Der der Bourgeoisie und der des Proletariats. Zum andern mal ent- puppt diese bei jeder Lebensäußerung, die sie von sich geben muß, ihren historischen Ursprung. Und auf den kommt es hier in allererster Linie an.

Rußlands politische und ökonomische Einverleibung in den Bund der Kapitalisten ist der Schlußakt einer Komposition, deren Lebensäußerung weder zum Anfang noch zum Ende der kapitalistischen Weltwirtschaftsära gehört. Demgemäß ge- staltete sich auch der Ausdruck dieser Lebensäußerung. Rub- lands weltausgedehnte Stellung zwischen Europa und Asien ist von den Weltverkehrswegen des internationalen Kapitals ab- gelegen. Nach Süden zu langgestreckt, wenn auch produktions- und lebenspendend, ist es aber dem nördlichen Rußland gerade dieses lebenspendenden und produktionsfördernden Charakters wegen von diesen Herrschaftsmächten politisch bevorzugt und damit unterlegen geworden.

Dem anarchistisch individualistischen Herrschaftsausdruck des Weltkapitals war und blieb Rußland der ewig spendende des Weltkapitals war und blieb Rußland der ewig spendende Lebensborn, der den mit Agrarwirtschaft kärglich bedachten Landstrichen Europas nicht nur, sondern auch den durch Pro- duktionskrisen und Mißernten geschwächten Weltwirtschafts- körper des Kapitals immer mit Reserven aushalf. Bis zum Ausbruch des Weltkrieges, ja bis 1917 war die Nagaika die „Zauberformel" für Erschließung der russischen Produktions- quellen. Vom Jahre 1921 an gilt die „Neppolitik" als Zau- berformel für eine ertragreiche Ausbeute der russischen Land- wirtschaft und Industrie. Die Neppolitik ist der russische Staatskapitalismus.

Es ist bis heute eine umstrittene Frage gewesen, wem der politische Herrschaftsausdruck der Neppolitik den größten wirt- schaftlichen Vorteil brachte — der russischen Bourgeoisie oder dem russischen Proletariat. Der Streit hierüber war von an- dern höhnisch auf den Ampestdentwurf der Kommunisten hin, die sogar alle gemeinen Verbrechen, ob Diebstahl, Raub, Er- pressung, Mord usw. begangen haben, frei haben wollen, wenn sie während der Inflationszeit begangen wurden. Diese satten Mistkäfer der Sozialdemokratie, denen der Hunger nur noch als Wort bekannt ist, können sich die Lage des gesamten Proletariats mit sehr wenigen Ausnahmen im Ruhrkrieg, wäh- rend der Inflation, nicht mehr vorstellen, sonst würden sie solche Schuftigkeit nicht zu Papier bringen. Doch nicht Ahnungslosigkeit oder Verständnislosigkeit spielt bei dem kleinbür- gerlichen Führerelement der SPD. eine Rolle, sondern ihr zwie- spältiges, kriecherisches Wesen. Und so schreibt auch Paul Levi im Vorwort zu dem Buch: „Trotzki 1917, die Lehren der Revolution" folgende beachtenswerten Sätze: „Nach dem Re- zept des Weltkrieges wurde der Ruhrkrieg geführt. Nur wurde von der deutschen Regierung dieser zweite Krieg mit unmenschlicheren Mitteln geführt, als die wilhelminische den Weltkrieg geführt."

Und die Proletarier, die auf Grund der unmenschlichen Kriegführung, der Bourgeoisie, der in Deutschland bekanntlich einen neuen Burgfrieden zeitigte, — SPD., Gewerkschaften und KPD. — alles tanzte und kämpfte für Deutschlands Frei- heit, Recht und Sieg, — glatt dem Hunger ausgesetzt waren, die nicht ebendieselben verfassen wollten, die sich etwas nahmen, werden jetzt von Levi und Co. zynisch verhöhnt.

Proletarier in den Zellen wie in der großen Zelle draußen: Merkt es Euch!

Trotzki's Nachfolger.

(Rosta.) **Moskau**, 30. Januar. Das Zentralexekutiv- komitee der Sowjetunion veröffentlicht ein Dekret, wonach Trotzki seines Amtes als Volkskommissar für Krieg und Marine enthoben wird und Frunse auf diesen Posten er- nannt wird.

der SP. und KP. firmierten parlamentarischen „Opposition". Daß diese noch nicht zu einer grundsätzlichen Einigung darüber gekommen ist, welchem Kulturausdruck das „Sow- jet"regime dient, das liegt an der von der KP. gewollten ge- schichtlichen Totenbeschwörung. Lenin's Geist kann nicht den Bannfluch über Korruptionsskandale verhängen, deren Träger die bürgerliche Eigentums- und Gesellschaftsordnung ist. Diesen kann nur der politisch-revolutionäre Kampf der proletarischen Klasse herausbeschwören. Und zum Kampf revolutionärer Kampf gehört das Mittel der Aufklärung als un- veräußerliches Kampfmittel. Ihr diene folgende Tatsachen:

Weder heute noch solange, als es überhaupt noch einen Kapitalismus gibt, ist das russische Sowjetsystem in der Lage, sich den Konsequenzen zu entziehen, die sich aus dem Sich- ihm anerbahnten — weil gemußten — Handelsverkehr mit den ausländischen Kapitalsmächten entwickeln, den Beweis hierfür bilden die Zustände in den russischen Handelsverte- tungen. Diese gleichen sich — ob in London, Hamburg, Paris, Königsberg oder Leipzig — überall aufs Haar. Wie in den Botschaften Sowjetrußlands 70 v. H. der Angestellten rein bürgerlichen Gesellschaftsschichten angehören, unter denen die tätowierten Matrosen nur als weiße Raben auftauchen; wie die Lebensführung dort belegt wird in den seidenen Roben, den hohen Stiefeletten und den Brillantgehängen der Dämen- chen und den brillantgefingerten Gentlemen, so auch in den Handelsvertretungen.

Der Klassenausdruck beispielsweise in der USSPR. Leip- zig, Katzbachstr. 7, ist so beschaffen:

Als Lagerbestände gelten dort: Milliardenwerte von Rauchwaren (alles was in Rußland Seuche und Seuchen) sowie Roßhaare und Borsten. Der erste Leiter der Handelsverte- tung ist ein ehemaliger zaristischer Oberst, der zweite Leiter ein waschechter Menschewik. Gehälter der Leiter 150 bis 180 Dollar monatlich. Bezahlung des Personals: Tarifloh.

Bekleidung der Leitung: Weiße Mäntel und Gabardine, des Personals: Sackkleidung.

Die Leitung verschmäht es, das Personal zu grüßen. Sie billigt das Sprechverbot, das die Inhaber des Lagerhauses ihrem Personal, gegenüber den Arbeitern des russischen Win- ters aufgezwungen haben. Als Miete zahlt die Handelsvertre- tung einen Betrag für zwei Jahre, der genügen würde, selbst ein Lagerhaus zu bauen.

Die Leitung unterhält eine Aufwartung, welche das Per- sonal nur als „Russenschwein" tituliert.

Die Leitung verkehrt in der Gesellschaft der russischen Emigranten in Frack und Zylinder und ihre „Damen" im Ge- sellschaftskleid. Sie zahlt dafür 15 Mark Eintritt für jede Person und wirbt für diese Abende bereits unter bestechlichen Angestellten. Die Leitung unterhält eine Stenotypistin, die sich offen zu den Weißgardisten bekennt. Die Leitung lauert auf eine Umwälzung in Rußland, um das ganze Lager zu wer- ramschen. Vorstellungen zur Entwässerung dieses Sumpfes waren bisher ergebnislos.

Vor einiger Zeit ging durch die Presse die Nachricht, daß aus dem Lager dieser Handelsvertretung ein Balen mit 96 Stück Marderfellen im Werte von 2000 Dollar verschwun- den war. Die russischen Träger der bürg. Rechts- und Eigen- tumsordnung erstatteten keine Anzeige. Sie wußten wohl warum. Als eine KPD.-Angestellte — ein weißer Rabe — diese Marderfelle als gestohlen nach Berlin meldete, kam An- weisung zur Anzeige. Die Kriminalbeamten kamen, besuchten die Leitung und verschwanden, ohne einen Angestellten oder Arbeiter zu fragen.

Wie wir weiter aus der Presse ersehen, wurde kürzlich dort eingebrochen. Es war ein „Ortskundiger", der sich durch einen Irrtum in der Orientierung an den Katzen- statt an den wertvollen Zobelfellen vergriff. Es ist bekannt, daß von den Informatoren einer in jener Nacht erst in der Frühe in seine Wohnung kam. Es ist auch bekannt, daß bei der Diebstahl- versicherung „Verluste" dann gemeldet wurden, die bei dem Einbruch nicht entstanden.

Es wäre interessant zu hören, was die „Sowjetbotschaft" zu den Barmats der Leipziger Handelsvertretung sagt. Sollte sie keine Sprache finden, „sagen" sie — wie mitgeteilt, noch weiteres Material zur Verfügung."

Wenn Diebstähle und Korruption die sichtbaren Merkmale eines den Proletariern angehängten schemsowjetistischen Re- gimes vorstellen, wie mag da der unverbildt sich äußernde po- litische und ökonomische russisch-staatliche Machtfaktor erst aussehen. Das russische Proletariat mag recht bald daran gehen, eine Klassenorganisation aufzubauen, um mit westeuro- päischer proletarischer Klassensolidarität verbunden, den Kampf zum Sturz des russischen Staatskapitalismus durchzu- führen.

Blumenstrauß-Auer in der Etappe

Die Huren von gestern sind die Betschwestern von heute. Die deutsche Sozialdemokratie und die deutschen Gewerk- schaftsbesitzer waren bekanntlich während des Krieges die wüstesten Chauvinisten und die Prediger der rücksichtslosesten Gewalt. Da sie teils aus der Arbeiterschaft hervorgegangen waren, anderenteils die Psyche des Proletariats sehr gut kann- ten, waren sie für die größenwahnsinnigen wilhelminischen Offiziere, die auf Grund ihrer Erziehung in „Feindes"-land nur wie ein Elefant im Porzellanladen wirken konnten, unentbehr- liche Faktoren geworden. Noch mit dem Nymbus eines inter- nationalen Sozialisten umgeben und somit als Kämpfer für „Freiheit, Ehre und Recht" geltend, haben sie trotz ihrer Schurkenstreiche noch immer etwas Vertrauen bei den niederen Bevölkerungsklassen anderer Länder besessen. Während die eine Hälfte dieser Kaisersozialisten im Heimatlande wichtige Aufklärungs- und Beruhigungsarbeit für ihren herrlichen Kaiser, für ihr deutsches Vaterland, für ihre heimatliche Scholle leiste- ten und dafür reklamiert wurden, wurde die andere Hälfte in der Etappe gebraucht, um dort gegenüber der „feindlichen" Bevölkerung die notwendige

Schrift von Paul Lange, der allerdings selbst wieder im sozialdemokratischen Sumpf gelandet ist: „Die Politik der Gewerkschaftsführer von 1914 bis 1919" und durch eine weitere Broschüre, die etliche Dokumente des Kriegspresseamts von Leipzig veröffentlicht. Bekannt ist ferner die Tätigkeit Noskes, Scheidemanns und Davids, die sich sehr wohl im Hauptquartier des Mannes fühlten, den sie heute als Idioten und alles mögliche bezeichnen. Der dieses auch ist, aber nicht erst seit 1918, sondern dieses schon jeder denkende Mensch vor 1914 wußte. Auch die Sozialchauvinisten wußten es. Da leider die Proletarier schon wieder zum Teil alles vergessen haben, was ja schließlich die letzte Reichstagswahl mit bewiesen hat, und die nicht zu verkennende Konsolidierung der freigelben Organisationen sich erhärtet, muß immer wieder dem Proletariat eingeschärft werden bei jeder sich bietenden Gelegenheit, unter welche Fittiche sie sich immer wieder durch ihre Trägheit im Denken begeben.

In der Mittwoch-Verhandlung wurde nun ein Brief vom Vorsitzenden des Gerichts vorgelesen, der wegen seiner Klarheit, mit welcher er die Rolle der deutschen „Sozialisten" aufzeigt, von uns wiedergegeben wird. Kopie eines Briefes von Henry Lefevre, des Sekretärs der Arbeitsbörse von Roubaix, dem der Bürgermeister von Roubaix an die Liga für Menschenrechte gesandt hat.

„Gegen Ende Juni 1915, nachdem sich die Arbeiterinnen der Firma Fellies (?) geweigert hatten, für das deutsche Heer zu arbeiten, verlangte die Kommandantur von der Stadtverwaltung von Roubaix die Redaktion eines Flugblattes, das die Bevölkerung dazu auffordern sollte, für das deutsche Heer zu arbeiten. Als die Stadtverwaltung sich weigerte, versuchte die Kommandantur einen Druck auf die Syndikate auszuüben, um von ihnen zu erreichen, was die Stadtverwaltung abgeschlagen hatte.

Mit dieser Aufgabe betraute man Herrn Auer, Reichstagsabgeordneten und damals Unteroffizier in der Garnison Roubaix.

Eines Morgens erhielt ich den Besuch des Herrn Auer. Er war begleitet von Herrn Fried, dem Dolmetscher der Kommandantur. Herr Auer ließ mir sagen, daß er von der Kommandantur beauftragt sei, die Abfassung eines Plakates von den Arbeitersyndikaten zu erlangen oder einfach die Unterschrift der Syndikats-Sekretäre für ein Plakat, das von den Deutschen verfaßt würde, ein Plakat, in dem die Syndikate die Arbeiterbevölkerung auffordern würde, sich der Besatzungsbehörde zur Verfügung zu stellen.

Beine meiner Weigerung zog sich Herr Auer sofort zurück, ohne weiter in mich zu dringen.

An demselben Tage benachrichtigte man mich, daß ich mich am folgenden Morgen in dem Privatbüro des Herrn Auer in der „Bank von Frankreich", Place de la Libertée, einzufinden habe, begleitet vom Genossen Athille Lepers, des Präsidenten des Textil-Syndikats.

Levers und ich fanden uns also am nächsten Tage im Büro des Herrn Auer ein. Dieser befand sich dort mit einem deutschen Soldaten, der als Dolmetscher diente. Er brachte wieder dieselbe Forderung wie am vorhergehenden Tage vor. Als wir beide uns weigerten, was es auch sei, zu unterzeichnen, erklärte Herr Auer uns, daß die Kommandantur sehr scharf vorgehen würde und daß ein großes Unglück über unsere Stadt hereinbrechen könnte.

Während fast einer halben Stunde drang er in uns, ohne jemals eine andere Antwort als eine absolute Weigerung zu erhalten. Schließlich gab er nach und verabschiedete uns. Drei Tage später wurden alle in Roubaix anwesenden Stadträte vor den Kommandanten Hoffmann in die Bürgermeisterei von Roubaix berufen, in einen an das Zimmer des Bürgermeisters angrenzenden Saal. Der Kommandant Hoffmann hielt den Stadträten eine lange Rede und warf ihnen in heftigen Ausdrücken ihre unversöhnliche Haltung vor, immer noch hinsichtlich des bewußten Plakates an die Bevölkerung und auch in Bezug auf ihre Weigerung, eine Stadt auferlegte Buße zu zahlen wegen des angeblichen Bombardements der Stadt Alexandrette seitens der Alliierten.

Der Kommandant drohte den Stadträten, daß, falls sie bei ihrer Weigerung beharren würden, gegen sie strenge Sanktionen und gegen die Bevölkerung harte Repressalien ergriffen würden. Da wir bei unserer Haltung verblieben, geriet der Kommandant in großen Zorn, schlug wütend auf den Tisch und erklärte uns, daß er uns die Hand des Siegers würde fühlen lassen.

In diesem Augenblick trat Auer in den Saal und verlangte den Kommandanten zu sprechen. Da keiner von uns Deutsch verstehen, konnten wir nicht wissen, was er sagte, aber er bat zweifellos um die Genehmigung, noch ein letztes Mal auf die Stadträte einzuwirken, und auch auf die Sekretäre der Arbeitersyndikate, denn gleich darauf wurden diejenigen unter uns, die diese doppelte Funktion ausübten, von einem anwesenden Offizier aufgefordert, Herrn Auer zu folgen. Die Genossen Lepers, Rogier, Desurmont, Desock, Lorthions, Dupres und ich wurden dann in einen anderen Saal geführt. Hier drängte Herr Auer wieder in Begleitung seines Dolmetschers, wir sollten unsere Unterschrift für das bewußte Plakat hergeben. Bei unserer erneuten Weigerung erklärte er uns, er glaube zu wissen, daß wir zur Strafe bald nach Deutschland deportiert werden würden.

Wieder vor den Kommandanten geführt, entschied dieser, daß alle Stadträte mit drei Tagen Haft bei Wasser und Brot bestraft würden, daß die Hälfte von uns die Strafe sofort anzutreten habe und daß die andere Hälfte nach Ablauf der drei Tage ihren Platz im Gefängnis einzunehmen habe. Die Stadträte, die als erste ihre Strafe anzutreten hatten, wurden sofort unter Bewachung in das Gefängnis der Rue Pierre-Motte geführt. Kaum hatten sie ihre drei Tage im Gefängnis abgesessen, als man sie wieder in die Bürgermeisterei führte und ihnen dort eröffnete, daß sie bald nach Deutschland müßten. Tatsächlich wurden am übernächsten Tage die Stadtverwaltung und angesehene Bürger von Roubaix nach dem Lager Ostrow in Mecklenburg deportiert. Das sind die Tatsachen, so genau, wie ich mich ihrer entsinne, berichtet, die die Intervention des Abgeordneten Auer bei uns herbeiführte.

Gez. Lefevre.

Wie diese Tätigkeit dieses „Sozialisten" bewertet wurde, ist aus der „Münchener Post" zu ersehen, die am 11. Dezember 1914 einen Brief von Erhard Auer abdruckte, dem wir folgende, alles erklärende Sätze entnehmen:

„. . . Ich bin hier in Roubaix in einem hochherrschaftlichen Hause allein einquartiert und es geht mir ausgezeichnet. Die Villa liegt in einem sehr großen Garten der durch eine drei Meter hohe Mauer abgeschlossen wird. . ."

Man bedenke, dieses war Dezember 1914, also am Anfang des Krieges. Von Juni 1915 behandelt Lefevre die Tätigkeit Auers. Bis 1918 war noch eine schöne Entwicklung und Bereicherung möglich.

Wie im Ebert-Prozeß so auch im Auer-Prozeß gibt sich das Bürgertum alle Mühe, ihre Helfer in so schwerer Not von 1918, wo doch alles auf dem Spiele stand, zu entlasten. Noch ist die Geschichte des Krieges sowie die Geschichte der deutschen „Revolution" nicht vom proletarischen internationalen Standpunkt geschrieben worden, noch ruhen alle Schriftstücke darüber in den Tressoren der Bourgeoisie, noch sind erst Bruchstücke davon veröffentlicht, doch dieses wenige genügt vollends, um immer wieder die Worte Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts zu erhärten.

Und wenn die „Rote Fahne" vom 29. Januar dazu schreibt: „Der Bürgermeister von Roubaix gehört der französischen sozialistischen Partei an. Eine feine Gesellschaft, die in dieser Internationale versammelt ist. Mit ihnen muß gründlich abgerechnet werden", so ist das elende Heuchelei; denn gerade die KPD. als Sektion der 3. Internationale lesselt erneut das Proletariat an diese bürgerliche Kamarilla, indem sie mit aller Macht die Massen in die Gewerkschaften zurückjagen will, was ihr leider auch zum Teil gelingt.

Zum Hamburger Aufstandsprozeß

Die Lehren des Oktober 1923.

Staatsanwalt Reuter erklärt, in Schiffbeck hätten die Arbeiter am ersten Tage des Aufstandes sofort auf Plakaten die Diktatur des Proletariats verkündet.

Genosse Urbahns stellt, nachdem fest, daß das Plakat in Schiffbeck weder ohne Unterschrift noch die der Zentrale trug. „Solche Plakate sind gerade ein Beweis, daß die Arbeiter nach instinktiven Empfinden viel besser als die Zentrale der KPD. begriffen, was im Augenblick notwendig war, um die Herrschaft des Proletariats zu sichern und daß die Arbeiter- und Bauernregierung nach den schlechten Erfahrungen in Sachsen jedenfalls der falsche Weg gewesen war."

Die „Rote Fahne" vom Mittwoch, den 28. Januar 1925, Hiermit ist für jeden revolutionären Proletarier klar, welche erbärmliche Rolle die „revolutionären" Götter innerhalb der KPD. und somit die KPD. im Proletariat gespielt haben.

Im zähen Kampfe, unermüdlich auftrittelnd durch scharfe, beißende Kritik hat die Kommunistische Arbeiter-Partei während der Inflationszeit, überhaupt seit Heidelberg 1919 gegen gegen die opportunistische, verbrecherische Politik der Brandler-Partei, dieser Filiale des russischen Staates, angekämpft. Die Arbeiter- und Bauernregierung wurde als das hingestellt, was sie nur ist und nur sein kann: nämlich eine groß angelegte Arbeiter- und Bauernfängerei. Urbahns bestätigt es jetzt vor dem Hamburger Gericht.

Aus diesem Prozeß ist klar ersichtlich, daß die Massen der KPD. die revolutionär klingenden Phrasen ihrer Götter ernst nahmen und auch jetzt wieder erneut ernst nehmen. Während in Sachsen und Thüringen die Arbeiterregierungen gebildet waren, die bekanntlich die Bewaffnung des Proletariats herbeiführen sollten, während die Inflation ihren Höhepunkt erreichte und das ganze deutsche Proletariat bei voller Arbeit nichts zu fressen hatte, während alles auf einen Kampf, auf eine Entscheidung brannte, ließen sich die antiparlamentarischen „revolutionären" Parlamentarier von einem Leutnant und zehn Mann nach Hause schicken. Diese Helden hatten dann nichts anderes zu tun, als ihren nach Sachsen gezogenen Mannen zu sagen, sich sofort zurückzuziehen. Die Zentrale der KPD., gefesselt an die bürgerliche Ordnung durch die Ministerherrlichkeit, durch die Gewerkschaften, befahl den Rückzug zu einer Zeit, wo alle objektiven und subjektiven Faktoren gegeben waren. Wie tief die Erbitterung gegen das Profitsystem im Proletariat wurzelte, bewies mit eminenter Klarheit der inzwischen ausgebrochene Aufstand des Hamburger Proletariats. Die Barrikaden wuchsen aus der Erde. Alt und jung, Weib und Kind, alles war in den Proletariervierteln bereit, den Kämpfenden Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Daß das Hamburger Proletariat verblutete, daß das Proletariat in Sachsen und Thüringen niedergetreten wurde vom Militärstiefel der „freiesten" Republik, daß das gesamte deutsche Proletariat eine Offensive der Bourgeoisie über sich beinahe widerstandslos ergehen ließ, hat es einer jahrelangen Politik — es läßt sich nur hieraus erklären — zu verdanken, deren oberster Grundsatz ist: **die Massenverdummung, der Massenbetrug, ist der Hebel zur Massenbewegung.**

Der Oktoberzusammenbruch, der Oktoberrückzug der KPD. ist die notwendige Folge der gewerkschaftseroberungen und parlamentarischen Tätigkeit der KPD. Und wenn Urbahns erklärt: „Ueber im Feuer der Revolution verbrennen als auf dem Misthaufen der Demokratie verfaulen", so ist dies nichts als eine schöne Geste; denn in Wirklichkeit betont er wie alle Angeklagten mit wahrem Feuereifer, daß sie in wirklich nicht dabei waren, daß der Kampf sie zum Teil überrascht habe, trotzdem er ja aus den damaligen Verhältnissen von selbst herauswuchs.

Doch Urbahns ist ein Vertreter der neuen Richtung, der „Linken". Diese ist jetzt bekanntlich der Erbe des Leninismus. Ihr Ziel ist nicht mehr die Brandlersche Arbeiter- und Bauernfängerei, sondern die neue, bolschewistische Art, oder mit der Sprache der Komintern zu reden: „Die Losung der Arbeiter- u. Bauernregierung ist von der Komintern, in die Sprache der Revolution, in die Sprache der Volksmassen übersetzt, die Losung der Diktatur des Proletariats".

Zur Erläuterung heißt es unter These IX. der Beschlüsse des V. Weltkongresses der III. Internationale im Ergänzungsheft zu Heft 19/20 1924 „Die Internationale" auf Seite 22:

„Die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung war und ist die beste Formel, um sich den Zutritt zu den Massen, den breiten Schichten der Werktätigen zu verschaffen. In der gegenwärtigen Periode, wo die Führer der Sozialdemokratie sich immer fester in Regierungskombinationen mit der Bourgeoisie verstricken, während die breiten Schichten der Sozialdemokratie noch folgenden Arbeiter immer mehr verelenden, ergibt sich eine Lage, die der Durchführung der Einheitsfrontaktik und der Anwendung der Losung der Arbeiter- und Bauernregierung oft besonders günstig ist."

Wir wiederholen kurz: Die Niederlage des deutschen Proletariats 1923 ist das Resultat der Arbeiter- und Bauernfängerei, ist das Resultat der Einheitsfrontaktik mit den Noskiden, ist das Produkt der Gewerkschaftseroberung, des Parlamentarismus, der gesetzlichen Betriebsräte, kurz, das Resultat des Massenbetruges als angeblichem Hebel der Massenbewegung. Die Parole des Proletariats, das sich zum Kampf und im Kampf in den Betrieben einigt, ist klar und unzweideutig und erträgt und duldet keine Umschreibung, sondern lautet einfach immer noch als das Resultat und als die Erfahrung der russischen Revolution von 1917: „Alle Macht den Räten!"

Parlamentarier und revolutionäre Räte, Gewerkschaften und Barrikadenkampf, Arbeiter- und Bauernregierung und Diktatur des Proletariats sind Gegensätze, die nicht miteinander verbunden werden können. Dies beweist mit eindringlicher Deutlichkeit der Hamburger Prozeß. Mögen die Proletarier der KPD. endlich auch aus ihren Niederlagen lernen, damit ihnen schließlich doch ein KPD.-Magdeburg erspart bleibt.

Wirtschaft

Die Welt-Arbeitslosigkeit

Eins der gravierendsten Zeichen der Weltkrise des kapitalistischen Systems, aus der es kein anderes Entrinnen für das Proletariat gibt als die Weltrevolution, ist die große Arbeitslosigkeit als Dauererscheinung. Sogar der J. G. B. (Internationale Gewerkschaftsbund) muß dieses zugestehen. Die Steigerung der Arbeitslosenziffern in allen Ländern während der letzten Monate weiß man sich nicht anders zu erklären, als mit der Jahreszeit. Diese „alten Marxisten" stehen dem Zeitalter der proletarischen Revolution, der Geburtswehen des Kommunismus vollständig unwissend gegenüber. Für sie war der Krieg nur eine Ausnahmeerscheinung, an die man nicht gern erinnert sein möchte. Die während der Nachkriegszeitperiode von den kapitalistischen Gruppen unternommenen und allesamt gescheiterten Wiederaufbauversuche haben diese Kleinbürger mit der „hohen" Verantwortung für ihre Herren noch nicht überzeugen können, daß eine neue Welt sich anzumelden hat.

Wir geben etliche Zahlen aus verschiedenen Ländern wieder, deren Höhe auch dem verbissendsten Reformisten zu denken geben sollte. Diese riesigen Reservearmeen des kapitalistischen Systems sind nicht mehr mit denjenigen der Vorkriegszeit zu vergleichen, sind sie doch erstens mal in allen Ländern vertreten und dann ständig in ungeheuer Höhe, deren beängstigende Erhöhung sogar dem JGB. auffällt und stutzig macht.

England. Die Zahl der eingetragenen Erwerbslosen betrug am 15. Dezember 1924 1 158 000. In Prozenten waren es Ende November 11 Prozent.

Vereinigte Staaten Nordamerika. Genaue Zahlen sind nicht angegeben. Nur hat die Arbeitslosigkeit im Oktober 1924 gegenüber dem gleichen Monat 1923 um 10,8 Prozent zugenommen.

Rußland. Nach amtlichen Meldungen war die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Juni 1924 im Bereich sämtlicher Gliedstaaten Rußlands auf 1 300 000 angewachsen.

Oesterreich. Im sanierten Vorbild Deutschlands, in Oesterreich stieg die Zahl der unterstützten Erwerbslosen in der ersten Dezemberhälfte 1924 von 115 000 auf 130 000, während noch am 25. November 1924 „nur" 88 237 unterstützte Erwerbslose gezählt wurden gegenüber 77 950 im November 1923.

Polen. Ende September 1924 wurden 155 245 Arbeitslose gezählt, gegenüber 159 820 im Vormonat und 52 420 Ende September 1923.

Frankreich zeigt das bekannte Inflationsbild, fast keine amtlich registrierten und unterstützten Arbeitslosen.

Belgien. Hier waren nach gewerkschaftlichen Zahlen von 612 230 Mitgliedern Ende Oktober 1924 18 444 gegen 19 488 im Vormonat erwerbslos.

Dänemark. Mitte Dezember wurden hier 27 518 Arbeitsuchende gegen 25 802 in der Vorwoche gezählt.

Holland hatte am 29. November 1924 65 740 Arbeitsuchende.

Italien. Die Zahl der eingetragenen gänzlich Arbeitslosen betrug Ende Oktober 1924 117 051, die der teilweise Arbeitslosen 17 668.

Norwegen. Am 10. Dezember wurde die Zahl der Arbeitslosen auf 20 500 gegen 16 300 im Vormonat und 18 500 am 10. Dez. 1923 angegeben. Nicht eingerechnet sind hier die Zahlen der Notstandsarbeiter, deren Anzahl auf 6000 geschätzt wird.

Schweden. Die Gesamtzahl der Erwerbslosen wird auf 20 bis 30 000 geschätzt.

Tschechoslowakei. Ende September 1924 betrug die amtliche Zahl der Arbeitslosen 72 086.

Ungarn. Hier waren Ende Oktober 1924 13 500 der gewerkschaftsmitglieder arbeitslos.

Schweiz. Die Zahl der eingetragenen Arbeitsuchenden betrug Ende Oktober 9451 gegen 6718 im Vormonat.

Soweit die Statistik des JGB. Da er nur mit amtlichen und gewerkschaftlichen Zahlen operiert, deren „Zuverlässigkeit" ja zur Genüge bekannt sind, kann sich das deutsche Proletariat ja einen Begriff von der wahren Größe der „industriellen Reservearmee" dieses sich wieder emporarbeitenden Kapitalismus — nach Meinung aller Sozialchauvinisten und Reformisten — machen. Zahlen reden eine grausame klare Sprache.

•

Als letztes Glied in dieser Kette steht Deutschland, dazu wird amtlich mitgeteilt:

Von Anfang bis Mitte Januar hat die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 536 000 auf 583 000 Personen, das heißt um rund 9 Prozent, zugenommen.

Die Zahl der männlichen unterstützten Arbeitslosen ist von 494 000 auf 540 000, die der weiblichen von 41 000 auf 43 000 gestiegen.

Die Zahl der Unterstützungsempfänger, das heißt der unterstützten Angehörigen von Hauptunterstützungsempfängern, ist von 722 000 auf 750 000 Menschen gestiegen.

Das weitere Wachsen der Arbeitslosigkeit erklären die amtlichen Stellen mit der Abnahme der Gelegenheitsarbeit und der Abschwächung der Konjunktur nach dem Ende des Weihnachtsgeschäfts.

•

Die Arbeitslosigkeit wächst von Woche zu Woche. Das ist die nüchterne Feststellung der amtlichen Zahlen. Es sind wiederum nur die unterstützten Arbeitslosen, die gezählt werden: 583 000 sind voll erwerbslos. Zu ihnen treten 750 000 Angehörige von Arbeitslosen, die unterstützt werden, so daß in Deutschland über 1¼ Millionen Menschen von den Bettelpfennigen der sogenannten Erwerbslosenfürsorge ihr Dasein fristen.

Doch die unterstützten Erwerbslosen sind nur ein Bruchteil der wirklich vorhandenen Arbeitslosen, des großen Heeres derer, die, ausgesteuert, keinen Pfennig Unterstützung erhalten. Sie wissen nicht, wovon sie leben sollen.

Wer noch glaubt, dieser Erscheinung eines untergehenden Systems mit Reformchen zu steuern, dem ist wirklich nicht zu helfen.

Mitteilungen

RHEINLAND-WESTFALEN.

An alle Ortsgruppen der KAPD. und AAU.

Der Bezirksarbeitsausschuß beruft für Sonnabend, den 14. Februar 1925, abends 6 Uhr und Sonntag, den 15. Februar 1925, eine

kombinierte Bezirkskonferenz

nach Elberfeld ein. Aus technischen Gründen kann die Konferenz nicht wie im Rundschreiben mitgeteilt schon am 31. Januar stattfinden. Das Tagungslokal bleibt bestehen.

Die Tagesordnung lautet:

1. Politische Lage. 2. Bericht von der Bezirkskonferenz. 3. Partei und Union und ihre Aufgaben. 4. Organisatorisches, a) Berichte, b) Reorganisation. 5. Verschiedenes.

Anträge sind bis spätestens den 31. Januar einreffend einzusenden. Sämtliche Anträge werden alsdann sofort den Ortsgruppen schriftlich zur Stellungnahme zugesandt.

Jede Ortsgruppe muß nach Möglichkeit je einen Delegierten der Partei und Union entsenden.

Außerdem fordern wir alle Ortsgruppen auf, sofort die fälligen Pflichtbeiträge abzuführen.

Die Bezirksleitungen der KAPD. und AAU.
Rheinland-Westfalen.

Leipzig.

Bestellungen für die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung", „Kampfruf" und „Proletarier" und Anmeldungen für Partei und Union, sowie alle Auskunft jederzeit bei:

Albert Warschau, Böhlitz-Ehrenberg, Leipziger Str. 99 II.

GROSS-BERLIN.

7. Unterbezirk (Charlottenburg). Mittwoch, 4. Februar, 7,45 Uhr, in der Schule, Guerickestr. 32, Mitgliederversammlung.

An alle Ortsgruppen der KAJD.

Nr. 1 der „Roten Jugend" ist sofort abzurechnen, damit die Februar-Nr. erscheinen kann. Ortsgruppen, die erst einen Teil der „R. J." umgesetzt haben, müssen diesen ebenfalls sofort abrechnen, und das übrige so schnell wie möglich nachsenden.

RAG. der KAJD.

Verantwortl. Red. u. Herausgeber: Otto Schernell, Berlin.
Druck: Willy Iszdonat, Berlin O 17, Lange Straße 79.

6. Jahrg. Nr. 9 — Preis 0,15 Mk.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Februar 1925
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Opposition der Eunuchen

Hat die Weltgeschichte einen größeren Skandal je gesehen? Mit diesem Satz schließt der „Vorwärts" am 3. Februar seinen wutschnaubenden Erguß: „Zweierlei Maß", der zum Ruhrpanama der deutschen Republik Stellung nimmt. Die kleinbürgerliche Sumpfpartei, die nach den Worten von Karl Liebknecht in ihren Führern vom Kopf bis zur Zeh' beschmutzt ist, versucht die Selbstverständlichkeit der Bourgeoisie, die Kosten des Ruhrkrieges vom Proletariat über den Weg ihres Machtinstrumentes, ihres bürgerlichen, demokratischen Staates einzuziehen, als einen Riesenskandal, wie ihn die Welt noch nie gesehen hat, hinzustellen.

Auch die Gewerkschaftsbeisitzer, der ADGB. mit dem Partner, dem Allgemeinen freien Angestelltenbund, richten ein Protestschreiben an die Regierung („Vorwärts" 4. Februar), worin man wohl prinzipiell für Ruhrentschädigung sich ausspricht, nur soll dieselbe „gerechter" verteilt werden.

Die Sozialdemokratie versucht durch markieren einer radikalen Opposition ihre Verpflichtung mit den Barmats und Konsorten abzuschwächen und zugleich erneut Rückhalt zu gewinnen bei den Proletariern.

Noch am 22. Januar bezeichnete höhnisch der Abend-„Vorwärts" alle diejenigen, die während der Inflationszeit nicht wußten, womit sie sich sättigen sollten und darum zur Selbsthilfe schritten, als gemeine Verbrecher, Lumpen usw.

Heut klingt es schon anders aus seinen Spalten. Er schreibt über die Zustände im Ruhrgebiet während der Inflation am 3. Februar folgendes:

„Nun kam es aber sehr oft vor, daß man für den auszuzahlenden Betrag zur Zeit seiner Aushändigung an die Erwerbslosen vielleicht gerade ein Brot kaufen konnte. Die Hungernden aber machten ihren Anspruch an das Leben geltend, demonstrierten und versuchten zeitweilig sogar zu plündern."

Man sieht, diese Schreibkulis des „Vorwärts" können so und auch so, je nachdem es opportun ist. Sie glauben jetzt, durch ihr scheinradikales Auftreten ihrer Rolle von 1914 bis 1918, wie sie am klarsten im Ebert- und Auerprozeß aufgezeigt wurde und im letzten noch wird, ins Vergessen zu bringen. Sie glauben ferner ihre Rolle von 1918 bis heute, die am besten durch Noske, Hörsing, Severing und Richter gekennzeichnet wird, ungeschehen zu machen. Sie, die kleinbürgerliche Sumpfpartei, in ihren Führern vom Kopf bis zur Zeh beschmutzt, sie, die Wegbereiterin der Reaktion, die Schrittmacherin im Bürgerkrieg gegen das Proletariat, die Großzüchterin der weißen Garden, die zugleich der weißen Meute die Parolen und die Zeichen gab zum Niederschlagen der geistigsten Köpfe des revolutionären Proletariats, nährt sich jetzt mit heuchlerischem Augenaufschlag der proletarischen Klasse und sagt:

„Die Reaktion ist auf dem Marsche."

Wie im Leben der Menschen Trägheit und Gewohnheit die Größen sind, die einer Entwicklung zu höheren Lebensformen stets hindernd im Wege stehen, so ist es in ähnlicher Weise im politischen Leben und Denken des Proletariats. Trotz der gradezu grausigen Erfahrungen, die das Proletariat mit seiner „völkerbefreienden" Sozialdemokratie gemacht hat, trotz des offenen Bündnisses seiner Gewerkschaften mit dem Klassenfeind durch die Arbeitsgemeinschaft, deren Charakter am besten durch Stinnes—Legien aufgezeigt wird, ist das deutsche Proletariat erneut bereit, aus Trägheit und Gewohnheit sich die alten Fesseln anlegen zu lassen. Was den alten zahnlosen Kläffern der SPD. nicht ganz gelingen würde, besorgen die noch jüngeren russischen Steppenhunde, indem sie sich auf den Blankowechsel von 1917 aus Rußland berufen und glauben wie besessen schreien zu können:

„Hinein in die Gewerkschaften!"

Doch so sehr auch die kleinbürgerliche Sumpfpartei Opposition mimt, so sehr sie sich auch auf das Proletariat leider noch mit Unterstützung der KPD. über das Sammelbecken der Gewerkschaften berufen kann, wird sie von der Bourgeoisie nicht mehr ernst genommen. Dieselbe weiß, daß ein Eunuche nicht lieben und darum auch nicht hassen kann. Seine Bewegungen, die Kraft darstellen sollen, sind nichts weiter als krankhafte Gliederverrenkungen, die bei jedem nur teilweise Eingeweihten höchstens ein mitleidiges Lächeln hervorrufen können.

In diesem Sinne ist auch die Notiz der Regierung, der „Reaktion", die in Wirklichkeit aus den vorhergehenden Kabinetten herauswachsen mußte wie die Aehre aus dem Halm, nur zu verstehen, die sie am 2. Februar der Presse übermittelte und folgenden Wortlaut hat:

„Der im Herbst 1923 gefaßte Entschluß der Reichsregierung, die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet durch die Zustimmung zum Abschluß der Micum-Verträge zu ermöglichen, war der Ausfluß des politischen Willens, den Weg der sogenannten Versackungspolitik gegenüber den besetzten Gebieten unter keinen Umständen zu beschreiten.

Viele Kritiker scheinen heute keine Vorstellung mehr davon zu haben, wie es im Herbst 1923, nach Beendigung des passiven Widerstandes, in dem besetzten Gebiet ausgesehen hat, soweit die Besatzungsmächte die Wiederaufnahme der Arbeit tatsächlich verhinderten. Die notwendige Voraussetzung für den Abschluß der Micum-Verträge war die Zusicherung der Reichsregierung, nach erfolgter Ordnung der Reichsfinanzen für die unter dem Micum-System von der Industrie geleisteten Vorschüsse auf Reparationslieferungen des Reichs Ersatz zu leisten. Nur so konnte allmählich Abhilfe geschaffen und äußerste Not von der Bevölkerung abgewendet werden.

Die loyale Einlösung dieser damals übernommenen Verpflichtung deckt sich mit der bei Reichsregierung und Volksgesamtheit in gleicher Weise herrschenden Ueberzeugung, daß die besetzten Gebiete nicht zur Reparationsprovinz für das Reich werden dürfen.

Ueber alles einzelne, insbesondere über die Höhe der Zahlungen, wird die Denkschrift eingehend Auskunft geben."

Für das Proletariat trifft es auch zu, daß es keine rechte Vorstellung mehr über den grandiosen Verrat an seinen Interessen, begangen von seinen „Kampf"-Gewerkschaften und seinen parlamentarischen „Führern", hat. Würde es nicht aus Denkfaulheit und Trägheit alles wieder vergessen, dann könnte nicht mehr die „Rote Fahne" vom 3. Februar frech schreiben:

„Lenin hat einmal während des Krieges in einem Schreiben aus der Schweiz die bürgerliche Demokratie die geeignetste Regierungsform der persönlichen Bereicherung der Industrie und der Hochfinanz genannt."

Auch die Leninisten der „Roten Fahne" spekulieren auf die Trägheit und Gewohnheit des Proletariats, sonst würde man doch gerade in dieser Sache des Ruhrpanamas, wo sie doch alle in der Einheitsfront marschieren, wo es eine Republik ohne Republikaner, eine Demokratie ohne Demokraten, (Frei nach Brandler) gab und dieses Manko das revolutionäre Proletariat angeblich auszufüllen hätte, nicht so laut sein.

Will das Proletariat aus diesem Sumpf heraus und es muß dieses wollen, wenn es leben will, dann hat es die Gliederverrenkungen der Eunuchen und das hohle Geschrei der Pseudokommunisten als das zu werten, was es ist. Aber herauskommen aus dem Morast stinkender Korruption, aus der Zwangsjacke gesteigerter Ausbeutung bis zum Weißbluten, kann es nur, wenn es im wahrsten Sinne des Wortes sich zum Träger seines eigenen Geschickes macht. Wenn es den Weg beschreitet, den ihm die Kommunistische Arbeiter-Partei und die Allgemeine Arbeiter-Union als einzigen, möglichen Ausweg stets zeigen und stets voran gegangen sind, den Weg der proletarischen Revolution, der in den Betrieben den Zusammenschluß als Klasse bedingt und zur Diktatur des Proletariats, zur Eroberung der Produktion, zum revolutionären Ratesystem, zum Kommunismus führt.

Konkurse im Januar 1925

Die Anzahl der Konkurseröffnungen, die in den letzten Monaten des vorigen Jahres eine ausgesprochene sinkende Tendenz gezeigt hat, ist mit Beginn des neuen Jahres wieder angestiegen. Es wurden nach einer Zusammenstellung der Finanzzeitschrift „Die Bank" im Januar 757 Konkurse eröffnet (gegen 598 im Dezember, 647 im November und 752 im Oktober 1924).

Die Bilanz des Jahres 1924

Die bürgerliche Presse und unter ihr in hervorragendem Maße die Handelszeitungen beschäftigen sich jetzt augenblicklich mit der Wertung der veröffentlichten Handelsbilanz. Es ist dies für die deutsche Bourgeoisie, ein außerordentlich wichtiges Problem, weil die Handelsbilanz ein Passivum von nicht weniger als 2,7 Milliarden Goldmark aufweist. Die gesamte deutsche Wirtschaftspolitik wird hier aufgerollt. Besonders die zukünftigen Maßnahmen zur Verhinderung eines so erheblichen Einfuhrüberschusses spielen die Hauptrolle. Es ergibt sich dabei das charakteristische Moment, daß sich die Statistik in der verschiedensten Weise für die verschiedensten Interessentengruppen verwerten läßt. Die Art der Beseitigung des Defizits ist eine Lebensfrage für die einzelnen Wirtschaftszweige. Es setzt deshalb eine heftige Debatte über die Gründe dieser seltsamen Erscheinung ein, daß eine Wirtschaft, welche vor einem Jahre bankrott und völlig zerrüttet war, sich soweit „erholen" konnte, daß sie schon wieder auf ein so erhebliches Maß Schulden zurückblicken kann. Das Bestehen einer so hohen, erneuten Verschuldung erfüllt das deutsche Kapital mit einer erheblichen Sorge. Es erblickt darin eine große Gefahr für die bisher erzielte Stabilität der deutschen Mark und für seinen weiteren Kredit.

Seit dem Londoner Abkommen ist das deutsche Kapital förmlich mit ausländischen, insbesondere amerikanischen Krediten gefüttert worden. Außer der großen amerikanischen Anleihe von 800 Millionen Goldmark hat das deutsche Privatkapital und die Gemeinden ausländisches Geld in Höhe von ca. 500 Millionen Goldmark hereingenommen. Thyssen und Wintershall (Versicherungskonzern) haben allein je 50 Millionen Goldmark von Amerika erhalten, während sich Krupp mit nur 42 Millionen begnügte. Der AEG.-Konzern hat erst in diesen Tagen durch eine in New York aufgelegte Anleihe 50 Millionen Goldmark erzielt. Dies ist aber nur der Anfang einer ganz zielbewußten Bewegung, die auf eine ungeheure Ueberfremdung des deutschen Besitzes hinausläuft. Die Folgen dieser Bewegung werden natürlich von der Schwerindustrie ganz anders als vom Finanzkapital eingeschätzt. Das deutsche Finanzkapital sieht darin mit Recht eine völlige Ablösung der Industrie von der deutschen Wirtschaft. Die Industrie nimmt die bedeutend billigeren ausländischen Kredite, schaltet sozusagen die Mark vom Weltmarkt aus und läßt sie zu einem reinen innerdeutschen Zahlungsmittel werden. Sie hat ihre eigenen Verbindungen mit dem Ausland und arbeitet ohne Mitwirkung der deutschen Banken, insbesondere der Reichsbank. Die praktische Folge ist, daß jede sogenannte staatliche Kontrolle aufhört. Die bisherigen Kontrolleure, die Banken, an der Spitze die Reichsbank, sind ausgeschaltet, zumal, da auch die Handelsbeziehungen nicht auf dem Umweg über sie aufrechterhalten und von ihnen finanziert zu werden brauchen. Die Industrie hat in dem ausländischen Kapital ihren Kreditgeber und gleichzeitig damit auch in ihm den Vermittler und Abnehmer für seine Produkte gefunden. Sie braucht daher das deutsche Finanzkapital nicht mehr. Diese Sachlage entspricht auch der parlamentarischen Ausschaltung der Demokraten.

Das deutsche Finanzkapital kämpft daher für eine Kontrolle der Auslandskredite, für eine Kreditabriegelung der deutschen Industrie gegenüber dem Ausland und gegen die Ueberfremdung. Die geschichtlichen Rollen haben gewechselt. Die nationale deutsche Schwerindustrie wird immer internationaler und die internationale „jüdische" Finanz wird national. Diese Erscheinung ist eine Eigentümlichkeit für ein hochindustrielles und durchindustrialisiertes „Schuldner"land, welches einen „Wiederaufbau", eine Stabilisierung seiner Wirtschaft vornimmt. Ein derartiges Beginnen erfordert eine starke Einengung des inländischen Geldumlaufs, eine knappe Kapitalsbasis. Sie ist notwendig, um die „Valuta zu halten." Die Uebersetzung aus der kapitalistischen Sprache lautet aber, Einschränkung des Verbrauchs